

# Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Nr. 246.

Magdeburg, Freitag, den 20. Oktober 1899.

10. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

## Parteigenossen!

Auf dem Parteitag in Hannover wurden die Unterzeichneten wieder mit der Führung der Parteigeschäfte betraut. Unmittelbar im Anschluß an die Verhandlungen hat die Konstituierung der Parteileitung stattgefunden und wurden unter andern folgende Beschlüsse gefaßt:

Die Adresse des Partei-Bureaus ist wie bisher:

F. Auer, Berlin SW., Raabachstr. 9.

Sämtliche für den Parteivorstand bestimmten Briefe und sonstigen Zusendungen sind an die vorstehende Adresse zu richten; alle Geldsendungen sind dagegen an den Parteikassierer

Albin Gerisch, Berlin SW., Raabachstr. 9, zu adressieren.

Beschwerden über den Parteivorstand, dessen Geschäftsführung und Entscheidungen nimmt

H. Meister, Hannover, Langestr. 1,

entgegen.

Die Geschäfte unserer Partei werden in den einzelnen Orten von Vertrauenspersonen besorgt. Dieselben sind nach den Bestimmungen des § 4 unseres Organisationsstatuts alle Jahre im Anschluß an den Parteitag neu zu wählen und ist die erfolgte Wahl sofort, unter genauer Angabe der Adresse, dem Vorstand anzuzeigen. Wir richten deshalb an die Parteigenossen die Aufforderung, die notwendigen Neuwahlen so rasch wie möglich vorzunehmen und von dem Ergebnis uns Kenntnis zu geben.

Auch die Vertrauenspersonen jener Orte, die im neuen Jahre die Parteigeschäfte weiter führen, sind verpflichtet, dem Parteivorstande davon Kenntnis zu geben. Besonders von Wichtigkeit ist es, jeden Adressenwechsel uns mitzuteilen, damit keine störenden Unterbrechungen bei brieflichen Mitteilungen oder sonstigen Zusendungen eintreten.

Die vielfach in den Reihen der Parteigenossen verbreitete Ansicht, daß es genüge, wenn die Adresse der Vertrauensperson im Parteiorgan bekannt gegeben werde, ist falsch. Bei der Größe der Partei und dem Umfange der Parteipresse ist es ausgeschlossen, daß der Parteivorstand in den einzelnen Blättern jede Notiz verfolgt, in der eine Neuwahl der Vertrauensperson angezeigt wird.

Die Wahl der Vertrauenspersonen muß, um vereinsgehehliche Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, in öffentlichen Versammlungen vorgenommen werden, zu denen jedermann Zutritt hat, der sich zu den Grundsätzen unserer Partei bekennt.

Wo es den Parteigenossen nicht möglich ist, sei es aus Lokalmangel oder anderen Gründen, öffentliche Versammlungen abzuhalten, genügt es, wenn die Genossen sich privatim verständigen und einen aus ihrer Mitte als Vertrauensperson in Vorschlag bringen.

Parteigenossen! Die Verhandlungen in Hannover gehören mit zu den bemerkenswertesten in der Parteigeschichte. Angeregt durch die vorausgegangene Diskussion in der Parteipresse und den Versammlungen über die Grundanschauungen und die Taktik der Partei, sahen die Genossen dem Parteitag mit Spannung entgegen. Unsere Gegner erwarteten mit Bestimmtheit, daß diesmal ihre Hoffnung auf die Spaltung der Partei nicht zu Schanden werden würde. Ihre Enttäuschung ist eine um so bittere. Der Parteitag hat gehalten, was wir von ihm erwarteten. Die Einheit und Geschlossenheit der Partei ist eine unverbrüchliche Tatsache. Die Partei ist einig und entschlossen, wie bisher so in Zukunft auf dem Boden des Klassenkampfes den Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu führen. Parteigenossen! Bereits die nächste Zukunft wird uns schwere Kämpfe bringen. Das Koalitionsrecht steht für die Arbeiterklasse auf dem Spiel. Die Zucht-haus-Vorlage fordert zur schärfsten Abwehr heraus. Die kleine, aber einflussreiche Schar der kapitalistischen und feudalen Scharfmacher ist eifrig an der Arbeit.

Die Rechtslosmachung der Arbeiter muß verhütet werden. Sie wird verhütet werden, wenn jeder Parteigenosse seine Schuldigkeit thut, die Massen aufrütteln und gegen die Volksrentschlechter mobil machen hilft, damit wir im gegebenen Moment den Kampf auf der ganzen Linie aufnehmen können. Einig in unserm Willen, einig über das Ziel, das wir erstreben, bleibt die Parole die alte: Vorwärts zu neuen Kämpfen, vorwärts zu neuen Siegen!

**Hoch die Sozialdemokratie!**

Berlin, den 17. Oktober 1899.

Für die Parteileitung:

August Bebel, Paul Singer,

Vorsitzende.

F. Auer, B. Pfannkuch, Schriftführer.

Albin Gerisch, Kassierer.

## Zus Uferlose.

Der deutsche Kaiser Wilhelm II. hat sich am Mittwoch in Hamburg aufgehalten und dem Stapellauf des neuen Passagierdampfers „Karl der Große“ beigewohnt. Im Rathaus wurde später ein Festmahl veranstaltet, bei welchem der Kaiser folgende vom Wolffschen offiziellen Bureau verbreitete Rede hielt:

Es gereicht mir zur besonderen Freude, an dem heutigen historischen Gedenktage wieder in Ihrer Mitte weilen zu können. Ich fühle mich gleichsam erfrischt und neu gestärkt, so oft ich von den Wogen des frisch sprudelnden Lebens einer Hansestadt umspült werde. Es ist ein feierlicher Akt, dem wir soeben beigewohnt, als wir ein neues Stück schwimmender Wehrkraft des Vaterlandes seinem Elemente übergeben konnten. Ein jeder, der ihn mitgemacht, wird wohl von dem Gedanken durchdrungen gewesen sein, daß das stolze Schiff bald seinem Berufe übergeben werden könne: wir bedürfen seiner dringend, und bitter not ist und eine starke deutsche Flotte. Sein Name erinnert uns an die erste glanzvolle Zeit des alten Reiches und seines mächtigen Schirmherrn. Und auch in jene Zeit fällt der allererste Anfang Hamburgs, wenn auch nur als Ausgangspunkt für die Missionstätigkeit im Dienste des gewaltigen Kaisers. Jetzt ist unser Vaterland durch Kaiser Wilhelm den Großen neu geeint und im Begriff, sich nach außen hin herrlich zu entfalten. Und grade hier inmitten dieses mächtigen Handelsemporiums empfindet man die Fülle und Spannkraft, welche das deutsche Volk durch seine Geschlossenheit seinen Unternehmungen zu verleihen im Stande ist. Aber auch hier weist man am höchsten zu schätzen, wie notwendig ein kräftiger Schutz und die unentbehrliche Stärkung unserer Seestreitkräfte für unsere auswärtigen Interessen sind. Doch langsam nur greift das Gefühl hierfür im deutschen Vaterlande Platz, das leider noch zu sehr seine Kräfte in fruchtlosen Parteinungen verzehrt. Mit tiefer Besorgnis habe ich beobachtet müssen, wie langsame Fortschritte das Interesse und politische Verständnis für große, weltbewegende Fragen unter den Deutschen gemacht hat. Blüten wir um uns her. Wie hat seit einigen Jahren die Welt ihr Antlitz verändert. Alte Weltreiche vergehen und neue sind im Entstehen begriffen. Nationen sind plötzlich im Geschickskreis der Völker erschienen und treten in Wettbewerb mit ein, von denen kurz zuvor der Saie noch wenig bemerkt hat. Ereignisse, welche unwahrscheinlich wirken auf dem Gebiete internationaler Beziehungen sowohl wie auf dem Gebiete des nationalökonomischen Lebens der Völker und die in alten Zeiten Jahrhunderte zum Reisen brauchten, vollziehen sich in wenigen Monaten. Dadurch sind die Aufgaben für unser deutsches Reich und Volk in mächtigem Umfange gewachsen und erhöhen sich für mich und meine Regierung ungewöhnliche und schwere Anforderungen, die nur dann von Erfolg getränkt sein können, wenn einheitlich und fest, von Parteinungen entjagend, die Deutschen hinter uns stehen. Es muß dazu aber unser Volk sich entschließen, Opfer zu bringen. Vor allem muß es ablegen seine Sucht, das Höchste in immer schärfer sich ausprägenden Parteirichtungen zu suchen. Es muß aufhören, die Partei über das Wohl des Ganzen zu stellen. Es muß seine alten Erbfeinde einräumen, alles zum Gegenstand ungezügelter Kritik zu machen, und es muß vor den Grenzen Halt machen, die ihm seine eigenen, vitalsten Interessen ziehen. Denn gerade diese alten politischen Sünden rächen sich jetzt schwer an unseren Seeinteressen und unserer Flotte. Wäre ihre Verstärkung mir in den ersten acht Jahren meiner Regierung trotz inständigen Wiltens und Warnens nicht beharrlich verweigert worden, wobei sogar Hohn und Spott mir nicht erspart geblieben sind, wie anders würden wir dann unseren blühenden Handel und unsere überseeischen Interessen fördern können. Doch meine Hoffnungen, daß der Deutsche sich ermannen werde, sind noch nicht geschwunden. Denn groß und mächtig schlägt die Liebe in ihm zu seinem Vaterlande. Davon zeugen die Ostseefreier, die er heute noch auf Bergeshöhen anzündet und mit denen er auch das Andenken an die herrliche Gestalt des heut geborenen Kaisers in der Erinnerung mit feiert. Und in der That, einen wundervollen Bau hat Kaiser Friedrich mit seinem großen Vater und dessen großen Paladinen errichten helfen und uns als deutsches Reich hinterlassen. In herrlicher Pracht steht es da, erhebt sich von unseren Vätern und Bewohnern von unseren Dichtern! Nun wohlan! Statt wie bisher in dem Zank sich darüber zu streiten, wie die einzelnen Kammern, Säle, Abteilungen dieses Gebäudes aussehen oder eingerichtet werden sollen, möge unser Volk in idealer Begeisterung wie die Ostseefreier auf- und vor allem an dem schönen Bau sich freuen und ihn schützen helfen. Stolz auf seine Größe, bewußt seines inneren Wertes, einen jeden fremden Staat in seiner Entwicklung achtend, die Opfer, die seine Weltmachtstellung verlangt, mit Freuden bringend, dem Parteigeist entjagend, einheitlich und geschlossen hinter seinen Fürsten und seinem Kaiser stehend, so wird unser deutsches Volk auch den Hansestädten ihr großes Werk zum Wohle unseres Vaterlandes fördern helfen. Das ist mein Wunsch zum heutigen Tage, mit dem ich mein Glas erhebe auf das Wohl Hamburgs.

Der Kaiser hat ja schon in gar mancher Rede den Ausbau der deutschen Flotte gefordert, aber noch niemals zuvor mit einem solchen Nachdruck betont, daß alles, was bisher von ihm auf diesem Gebiete erreicht worden, nichts ist im Vergleich mit dem, was er erstrebt. „Bitter not ist uns eine starke deutsche Flotte.“ Das schließt die Ansicht ein, daß die Flotte, über die wir verfügen, für den ihr gestellten Zweck ganz unzureichend ist. Nun hat der Reichstag bekanntlich im Frühjahr 1898 ein Flottengesetz genehmigt, das den Ausbau der „Wehrkraft zur See“ bis 1904 festlegt. Die Rede Wilhelms II. beweist, daß er die darin enthaltenen Bewilligungen für unwesentlich hält, und daß er seine große politische Macht dafür einsetzen will, daß die noch fehlende „unentbehrliche Stärkung unserer Seestreitkräfte“ in der nächsten Zukunft eintritt.

Seit Monaten wird von der Presse, die den immerpolitischen Scharfmachern dient, darauf hingewiesen, daß das Flottengesetz in viel zu langsamem Tempo die deutsche Kriegsmacht zur See vervollständigt und daß es daher notwendig sei, mit Anspannung der äußersten Kräfte unserer Werften den für noch vier Jahre vorgesehenen Bau in einem einzigen Jahre in Angriff zu nehmen. Die Neuerungen der Kanonen- und Panzerorgane wurden in der übrigen deutschen Presse, sogar in der konservativen, kurz abgethan; die oben wiedergegebene Rede beweist indessen, daß sie nicht so belanglos sind, daß vielmehr die gleichen Meinungen von einem Willen getragen werden, der sich bisher durchzusetzen gewußt hat und fernerhin sich durchzusetzen wissen wird.

Das Facit ist also, daß wir trotz Flottengesetz mit dem Plan einer ganz bedeutenden Flottenvermehrung rechnen müssen. Es ist mehr als wahrscheinlich, es ist gewiß, daß der Reichstag sich mit einer entsprechenden Vorlage in der kommenden Wintertagung zu beschäftigen haben wird.

Da keine Grenze dafür angegeben ist, geht die Vermehrung der maritimen Streitkräfte ins Uferlose hinein. Die gewaltigen Opfer, die das deutsche Volk bisher für die Vermehrung und Instandhaltung der Flotte gebracht hat, erscheinen dem Redner gering und ungenügend. Sollten die Staatssekretäre die gleichen Ansichten hegen, dann wird alles, was bisher für die Verstärkung der Flotte geleistet worden ist, gering sein im Vergleich mit dem, was da kommen soll.

Das ist das sachlich Bedeutsamste an der neuesten Hamburger Rede. Andere Stellen haben ein mehr persönliches Interesse. Klar wird das Eine, daß der deutsche Kaiser das neue „herrliche“ deutsche Reich zu einer großen Weltmacht ausgestalten will. Alte Weltreiche sinken im Wechsel der Zeiten zusammen, neue haben an ihre Stelle zu treten und unter diesen neuen soll Deutschland wohl die Spitze einnehmen. Doch das hängt nicht in dem Maße, wie der uferlose Ausbau der Flotte, von einem einzigen Willen ab. Da hat die ökonomische Entwicklung das gewichtigste Wort mitzusprechen. Durch Heere und Flotten werden moderne Weltreiche nicht geschaffen, ihre Entstehung und Entwicklung nicht einmal gefördert.

Ebenjowenig wirkungsvoll wird die Mahnung ausfallen, von den „Parteinungen“ zu lassen. Es ist nun einmal nicht mehr damit gethan, daß das Volk willenlos „seinen Fürsten und seinem Kaiser“ folgt, es verfißt seine Interessen und Wünsche in geschlossenen politischen Organisationen und wird davon auch nach dieser Rede nicht lassen. Dagegen ist dem einen Gedanken zuzustimmen, daß heutzutage in Monaten das reift, wozu vergangene Jahrhunderte Menschenalter und mehr gebraucht haben. Vor allem gilt das von dem „nationalökonomischen Leben der Völker“, wie Wilhelm II. sich auszudrücken beliebte. Er kann damit nur die wirtschaftlichen und sozialen Revolutionen im Sinne haben, die Technik, Industrie und Handel auf allen Gebieten des Lebens jedes Kulturvolkes täglich und stündlich betreiben. Es ist grade die internationale Sozialdemokratie, die das anerkennt, die darauf ihre politischen Aktionen baut und die daraus ihre Kraft und ihre Stärke zieht.

Dagegen können wir nicht zugeben, daß in Deutschland eine „ungezügelter Kritik“ eingebracht ist und daß dem Kaiser etwa wegen seiner maritimen Pläne „Hohn und Spott nicht erspart“ worden sei. Der § 95 des Reichsstrafgesetzbuches und seine Anwendung sorgen schon dafür, daß sich die Kritik in den allerengsten Grenzen halten muß, in Grenzen, innerhalb derer von einer Kritik im wahren Sinne des Wortes überhaupt nicht mehr gesprochen werden kann. Wir wüßten nicht, wie sich dort Hohn und Spott breit machen könnten, man müßte denn darunter das schüchternste Wort der Abwehr begreifen, das nach allem anderen, nur nicht nach Hohn und Spott aussehen kann.

Doch das ist ja alles in diesem Augenblick schließlich nebensächlich und beweist nur, in welchen Gedankenkreisen sich der Kaiser bewegt. Was uns im Innersten trifft und was für die nächste politische Zukunft entscheidend ist, das ist die fest bekundete Absicht, über das Flottengesetz weit hinaus die maritimen Streitkräfte ins Unbegrenzte, Uferlose hinein zu vermehren. In den unaufhörlichen Kriegsrüstungen zu Lande kommen die ungeheuren Rüstungen zur See. Deutschland soll nicht nur die erste Landz, es soll auch die erste Seemacht der Welt werden, geht es wenigstens nach dem Willen des deutschen Kaisers.

Unsere Weltmachtspolitik werden jubeln und werden Vordampf voraus in die neue Flottenagitation einbiegen. Die Konservativen werden mitmachen, um die Kanalgegnerschaft vergessen zu machen und die Zucht-hausvorlage nebenbei unter Dach zu bringen. Das Centrum wird unter Liebers Führung in der entscheidenden Stunde umfallen. Eine prinzipielle unerschütterliche Opposition ist allein von der Sozialdemokratie zu erwarten. Sie hat zwar nicht die Ent-

Scheidung in der Hand, sie kann die Flottenvermehrungen nicht verhindern, aber sie darf sich im Kampf gegen die Weltpolitik damit trösten, daß wie alle anderen Dinge, wie insbesondere die wirtschaftliche und soziale Umwälzung, so auch die unaufhörlichen Rüstungen ihr und ihr allein schließlich zum Besten dienen.

Der Vorwärts bemerkt zu der Rede:

„Die Rede, eine Mischung von alldeutscher Flottenbegeisterung und Mißverständlicher parteiloser Sammelpolitik, schließt sich nach ihrem programmatischen Charakter denen von Dehnhäusen und Dortmund an. Verhieß uns jene die Zuchtansvorlage, diese den unerschütterlichen Willen, die Kanalvorlage durchzubringen, so kündigt uns die Hamburger Rede eine neue gewaltige Flottenvorlage an. Denn nicht anders können die kaiserlichen Worte aufgefaßt werden.

Am sich liegt kein Anlaß vor, zur Zeit über eine Flottenvermehrung zu diskutieren. Der große Flottenplan ist im Vorjahr vom Reichstag angenommen worden und hindert uns für sechs Jahre. Wenn gleichwohl der Kaiser jetzt von der unentbehrlichen Stärkung unserer Seestreitkräfte spricht, so kann er damit nichts anderes meinen, als daß er den jetzigen Flottenplan für ungenügend hält und ihn durch einen neuen zu ersetzen wünscht. Wir dürfen uns also im Reichstag wieder einmal auf ernste Kämpfe auf dem Gebiete der Rüstungspolitik gefaßt machen.

Freilich sprach der Kaiser offenbar nur seine persönlichen Wünsche und Meinungen aus. Wir dürfen nicht annehmen, daß die Regierung, insbesondere Herr Tirpitz, geneigt sein dürfte, sich einer parlamentarischen Niederlage auszusetzen, wie sie die Einbringung einer Flottenvorlage nach der Ablegung des bewilligten Planes notwendigerweise zur Wirkung haben muß. Wir erfahren ja auch jetzt zu unserer Ueberzeugung, daß die Regierung in den ersten acht Jahren der Herrschaft Wilhelms II. trotz seines inständigen Bittens und Warnens ihrem Monarchen die Verstärkung der Flotte verweigert hat. Denn die kaiserliche Klage kann sich eben nur auf den Widerstand der Regierung gegen seine Wünsche beziehen. In unsers Wissens der Reichstag mit unweigerlichen Abstrichen stets bewilligt hat, was von ihm gefordert worden ist. Es scheint also, als ob in jenen ersten acht Jahren wiederholte Flottenpläne schon im Schoße des Marineministeriums oder des Bundesrats gescheitert sind, bevor sie Gelegenheit hatten, sich um die Gunst des Reichstages zu bewerben. Die Gerüchte von unerlösten Flottenplänen erhalten jetzt erst eine Bedeutung, wie die Änderungen im Reichs-Marineamt durch die Hamburger Rede ihre Klärung finden. Es ist zu erwarten, daß die Regierung es sich wohl überlegen wird, den Erfahrungen in der Zuchtans- und Kanalvorlage eine weitere ähnliche durch Einbringung und Vertretung von neuen Marineforderungen hinzuzufügen.

Mit besonderer Schärfe tritt in der Rede der Anwalt des Kaisers über den Ausgang des Kanalhandels hervor. Ganz der Auffassung Mißels entsprechend wird den Parteien jede Erstlingsberechnung abgesprochen. Noch niemals hat der Kaiser mit solcher Bitterkeit von fruchtlosen Parteien, von der Sozialdemokratie, das höchste in immer stärker sich anwachsenden Parteienrichtungen zu suchen, von dem alten Erbfeind, alles zum Gegenstand grenzenloser, ungezügelter Kritik zu machen, von dem Jank ujm. gesprochen.

Wahrlich denkt der Kaiser dabei nur an die bürgerlichen Parteien, deren geringere Interessenthaber die Kanalvorlage zu Falle gebracht hat. Gerade die Entwicklung der letzten dreißig Jahre hat aber gezeigt, daß durch das Parteiwesen das Interesse und volkliche Verständnis für wirtschaftliche große, mehrerhebende Fragen im Volke denn doch nicht so langsam herabgewandert gemacht hat, wenn sie auch nicht so schnell sind, wie wir wohl wünschen möchten.

Die bürgerlichen Berliner Morgenblätter bringen wohl den Text der Rede, aber, soweit sie uns vorliegen, kein Wort der Würdigung.

Der Hamburger Korrespondent, ein offizielles Geheimrat, hat schon am Morgen des Mittwoch in der Lage mitgeteilt, daß der Kaiser am Abend eine marinepolitische Rede halten werde. „Man weiß“, hieß es, „daß der Kaiser bisher so überaus heilsüchtigen Beschlüssen unserer Kriegsmarine sich inneweiht und wie ganz er einen solchen Vorstoß begehrt, um durch seine Teilnahme an dem wichtigen Akt und durch begeisterte Worte, die er der Bedienung des Tages leiht, die Aufmerksamkeit der Reichstagsmitglieder des deutschen Volkes immer und immer wieder auf die See zu lenken, die Trägerin unserer Zukunft, und auf die Kriegsschlacht, das Element der Reichsgewalt, der Seemacht.“

Die Propaganda am Morgen hat sich am Abend, wie unsere Leser schon, nachdrücklich erfüllt.

## Politische Tagesrundschau.

Zwischland.

Die preussisch-junkerliche Kritik, die sich nun schon seit einiger Wochen im Jägerbühnenkreise, hat mancherorts eine unvorteilhafte Folge gezeigt: sie hat das konstitutionelle Bewußtsein unserer „Edelsten und Besten“ mächtig zur Entwicklung gebracht. Es ist mehr als befremdend, zu sehen, wie die Herren Junker jetzt das parlamentarische Regime gegen den Abolitionismus aufstellen, und wie sie total entgegen haben, daß sie eben denselben Abolitionismus so erfolgreich haben, wenn es sich um Abolitionismen oder um Abolitionistische Schritte der Abolitionisten handelt. Sie haben, so lange die Verfassung besteht, sich abgetrieben, und der Kritik abgetrieben, haben aber sich auch nicht abgetrieben. „Denn es unsere Willen sind.“ Jetzt, wo der

König einmal etwas anderes zu wollen versuchte, da fiel natürlich auch die erste Maxime. Wie vortrefflich die Herren vom hohen Adel sich jetzt bereits in den ihnen sonst so fremden konstitutionellen Gedankengang hineingefunden haben, und wie virtuos sie sich bereits der konstitutionellen Formeln bedienen, zeigt die Auslassung des Deutschen Adelsblatts, die wir vorgestern wiedergegeben haben. Die in die feudalen Spalten aufgenommenen höchst freiheitlichen Redewendungen umhüllen natürlich einen höchst reaktionären Kern: Deutschland, wo der Industrialismus längst dominiert, soll sich in einen primitiven Agrarstaat zurückverwandeln. Gleichviel: unsere Genossen werden gut daran thun, sich die Sprache des Deutschen Adelsblattes zu merken. Bei der aktiven Rolle, die der Inhaber unserer Krone durch seine vielfachen Meinungsäußerungen im politischen Leben spielt, ist es bekanntlich sehr oft, vor allem im Parlament, notwendig, auf diese Meinungsäußerungen Bezug zu nehmen. Wenn dann die Herren von der Rechten wieder einmal in loyalen Entrüstung sich dagegen vermahnen, daß man die Person des Kaisers in die Debatte zieht, so wird man ihnen die Worte des Deutschen Adelsblattes entgegenhalten: daß das persönliche Regiment zu bestehen aufgehört hat, und daß der Träger der Krone, der das nicht einsehen will, nie davon bewahrt bleiben kann, in die Parteikämpfe hineingezogen zu werden.

Der reichsdeutschen und preussischen Politik widmete der freisinnige Landtagsabgeordnete Dr. Krieger in Königsberg in seinem Neuenburgerbericht einige treffende Worte: „Wir haben weder ein Ministerium der That,“ äußerte er nach der Königsberger Garungischen Zeitung, „noch ein Geschäftsministerium. Wir wurseln weder fort, noch fassen wir die Aufgabe, die die Zeit bringt, scharf ins Auge. Man hat geirrt, unser Kurs wäre ein Sitzackkurs. Auch das ist ein falscher Ausdruck. Dieses Bild lehnt sich an den Blitzstrahl an. Der Blitz aber, wenn er auch in die Kreuz und alle Quere geht, strebt doch einem bestimmten Punkte zu, alle Hindernisse, die sich ihm in den Weg stellen, zerschmetternd. Von einem Zerschmetterern aber ist weder bei uns in Preußen noch auch im Reiche etwas zu merken. (Weiterkeit.) Unser Kurs ist überhaupt kein Kurs. Wir machen einen Schritt vorwärts und einen zurück. Unsere Politik ist eine Politik der Widersprüche.“

Da wir unglücklich viel Geld haben, beabsichtigt die Reichsregierung, den Bau einer ostafrikanischen Centralbahn dem Reichstage vorzuschlagen. Die Bahn würde eine Länge von 1775 Kilometern haben, das heißt, eine Strecke durchlaufen, die derjenigen von Cythrunen über Berlin, Frankfurt bis Basel gleicht. Einen Wert hat die Bahn selbstverständlich nicht. Der Güterverkehr muß gleich Null sein, weil es in Deutsch-Ostafrika auf absehbare Zeit nichts zu verfrachten giebt. Aber das macht ja nichts. Es ist doch hübsch, wenn wir 100 Millionen und mehr vor der Hand erst einmal dort ausgeben. Die konservativen und liberalen Parteien werden mit Hurra dafür stimmen; es liegt wieder in der Hand des Centrums, ob die Vorlage angenommen werden soll oder nicht. Nun lieber in Deutschland bleibt, ist alles zu befürchten. Ausgelandert ist das Projekt in der Sitzung des sogenannten Kolonialrats, der augenblicklich in Berlin tagt. Der Vertreter der Reichsregierung legte dort dar, daß infolge der jetzigen Verhältnisse des Geldmarktes ein Abschluß der Verhandlungen mit dem Kontrakt, welches die Bahn in eigener Regie bauen wollte, nicht zu erzielen gewesen sei. Die Regierung sei daher zu dem Entschlusse gelangt, die Bahn durch das Reich zu bauen, dem sie jetzt auch im Hinblick auf die Verhandlungen mit Cecil Rhodes entschieden den Vorrang geben müsse. Es sei von höchstem Werte, daß das Reich, bei der früher oder später eintretenden Verbindung der Centralbahn mit der Rhodesischen Süd-Nordbahn, freie Hand behalte in allen Zollschluß- und Verwaltungsverträgen. Da die nötigen Kapitalien im Wege einer Anleihe aufzubringen wären, so würde der Etat mit den Zinsen für diese nicht höher belastet werden, als wenn das Reich dem Privatkonjunktium gegenüber eine Zinsgarantie zu übernehmen in der Lage wäre. Die Bahn soll zunächst in drei Jahren bis Umani (Nikosa) gebaut werden, und die Kosten für diese Strecke sind auf 12 Millionen veranschlagt. Es könnte sich daher als erste Bauxite für das nächste Etatsjahr nur um eine Summe von etwa 4 Millionen Markt handeln. Mit Specialanleihe man würde und mit „nur“ vier Millionen zieht man hunderten Millionen langsam hinterdrein. Die indirekten Steuern werden ja das Köstliche ab. Damit das Volk, das sich die Millionen vom Munde absparen muß, nicht unwillig wird, bringt man Zuchtansvorlagen ein.

Die Nachricht, daß der Direktor beim Reichstag, Geheimrat Knack, der in einer Heilanstalt in Göttingen weilt, seinen Abschied eingereicht hat, ist vom Wolffischen Bureau den Zeitungen mitgeteilt worden. Wie ein parlamentarischer Korrespondent mitteilt, denkt Geheimrat Knack nicht daran, seinen Posten aufzugeben. Knack ist der Verantwortliche der berühmten „Korrekturen“ der Balleström'schen Rede. Er muß sich seiner Stützen sicher fühlen, wenn er sich nicht vor dem Reichstage fürchtet, das im Reichstag seiner harret.

Einem merkwürdigen Kandidaten hat die sächsische Volkspartei für die Reichstagsnachwahl in Göttingen (Wittenberg) als Bannernäger erkoren. Ihr Kandidat, Vertheiliger Brünigler, hat nämlich ein Wahlprogramm herausgegeben, das eine Reihe alter Programmpunkte enthält, die er für die „Schlagfertigkeiten von Herr und Meier zum Schutze unseres geehrten deutschen Vaterlandes“ ansetzen wollte. Das Programm des neuen Kandidaten geht aber noch viel weiter, indem es — man höre und höre — den Anstich und die Vergrößerung unseres Reichsgebietes und dessen Verwertung für unsere auswärtigen Interessen und unsere Industrie“ für zweckmäßig erklärt. Da steht nun noch, daß er für die Zuchtansvorlage eintritt, um die „Landeswehr“ voll zu machen.

Es kommt die Meldung, daß der Vertreter des Reichstags-Schlichters Deutschen-Demokrat, Reichsanwalt Dr. Stephan,

ber vor einigen Tagen zum Generaldirektor der Größten Schaffgotsch'schen Werke in Oberschlesien gewählt wurde, Mandat zum Reichstage niedergelegt habe. Wahlkreis gehört zu jenen ober-schlesischen Kreisen, die vorigen Jahre eine so gewaltige Zunahme der sozialdemokratischen Stimmenzahl aufwiesen. Während 1893 nur für uns abgegeben wurden, erreichten wir 1895 Stimmen allenfalls noch 24 054 Centrunswähler und 934 sinnige Volksparteiler gegenüberstanden. —

## Nachrichten aus dem Auslande.

Im österreichischen Reichsrat ist es am Mittwoch sofort zu stürmischen Zwischenfällen gekommen. Der Ministerpräsident Graf Clary hielt seine Programmrede, welche vielen Stellen von den Czechen mit stürmischen „Pfeifen“, so wie den Ruf „Schande und Schande“ Berräter an Oesterreich! Preussischer Lafai! ruiniere Oesterreich!“ u. dgl. unterbrochen und Schluß mit langdauernden „Pfeifen“ rufen seitens Czechen und schwachem Beifall von links angenommen wurde. Engel und Kaiser beantragen die Öffnung der Debatte über die Regierungs-Erklärung, einstimmig angenommen wird. Die Debatte erfolgt Freitag ebenfalls die Wahl der Vizepräsidenten. Im Einlaufe finden sich eine Interpellation von Vnck und Genossen von Bolensklub in betref der antisemitischen Hege in Polna und die Regierungsvorlage wegen Aufhebung des Zeitungsstempels. Zum Präsidenten des Reichsrats wurde Freitag gewählt. —

Die bekannte Meuterei französischer Offiziere Endau hat dazu geführt, daß die Hauptleute Boulet und Chanoine, letzterer ein Sohn des im Dreißigjährigen Kriege getretenen Generals Chanoine, von ihren eigenen Leuten erschossen worden sind. Ueber ihren Tod wird gemeldet, daß die Genannten nach der Ermordung des Oberstaatsanwalts Klobb am 16. Juli einen Teil ihrer Traillieure nach der Ortschaft Mayrhi führten. Am folgenden Morgen erschienen sich die Traillieure und töteten zuerst Chanoine, dann mit ihnen zu verhandeln suchte, und sodann Boulet, nachdem er Mayrhi verlassen hatte, dorthin zurückzukehr beabsichtigte. Die Traillieure trafen sodann mit dem Lieutenant Pallier zusammen, der die Expedition in westlicher Richtung nach Doso führte, nachdem er in Zinder eine Besatzung zurückgelassen hatte. —

Daß dem englischen Kabinett aus Südafrika Nachrichten bekannt sein müssen, welche die Lage garnid glänzend erscheinen lassen, muß man aus Mitteilungen erwarten, die im Unterhause gemacht wurden. Der erste Lord des Schatzes Balfour teilte dem Hause mit, daß die Königin in Begriffe stehe, durch eine Proklamation die Einziehung der Miliz zu empfehlen und die Milizreserve oder den Teil dieser, welchen die Königin für notwendig erachtet für den permanenten Dienst einzuberufen. Im Verlauf der Adressdebatte schlug dann Stanhope die Annahme einer Unterantrages vor, in welchem die Führung der Unterhandlungen mit Transvaal, durch welche England in Feindseligkeiten mit den zwei süd-afrikanischen Republiken verwickelt worden sei, ernstlich mißbilligt wird. — Das Kriegsamt meldet, daß es Nachrichten von General White erhalten habe, der erwarde, daß die Bewegung der Buren von dem Drakensberg her fortgesetzt würde, und daß die Buren mit den englischen Vorposten zwischen Ladysmith und den Engpässen der Drakensberge Fühlung gewinnen. Im Norden rücken die Streitkräfte der Buren von Jugagane her mit einigen Batterien vor. Die Buren am Buffalofluß rücken gegen Vorkesdrift vor. Oberst Cronje meldet aus dem Hauptquartier der Buren an der Westgrenze, daß das Kommando der Buren aus dem Marico-Distrikt, bis Burmanns Driest, einer Vorstadt von Majeking, vorgebrungen ist. Die in Majeking eingeschlossenen Frauen und Kinder hat Cronje heute auffordern lassen, die Stadt zu verlassen, und nachmittags das Bombardement auf die Stadt eröffnet. Eine Erwidrerung erfolgte nicht. Nach Berichten aus dem Orange-Freistaat übertrafhte ein von Kimberley kommender gepanzerter Zug die Buren, welche bei der Zerstörung der Bahnlinie beschäftigt waren. Die Buren schossen auf den Zug mit Mäusergewehren, später kam Artillerie, die das Feuer eröffnete. Der dritte Schuß traf das Bahngelände und der Zug dampfte nach Kimberley zurück. Die Buren setzten nunmehr die Zerstörung der Bahngelände fort. Die Beamten der Kap-Eisenbahn haben die Brücke und die Bahnlinie bei Norvals Bout auf der nach dem Orange-Freistaat hin liegenden Seite zerstört und die Station sodann geräumt. Die Buren haben die Stadt Taung, 40 Meilen südlich von Bryburg, besetzt, ohne auf Widerstand zu stoßen. —

## Nachrichten aus Magdeburg.

In der Parteiversammlung im Dreikaiserthum, in der die Parteigeschichte sowie Neuwahlen glatt und zur Zufriedenheit aller erledigt wurden, haben nur die Delegierten Bericht über den Parteitag in Hannover erstatten können. Eine Ausdrucksache konnte sich den Referenten nicht antun, da die Polzei die weitere Tagung der Versammlung unmöglich machte. Demgemäß konnten auch keine Beschlüsse, die sich auf den Parteitag beziehen, gefaßt werden. Die Debatte über den Parteitag, die wünschenswert erscheint und auch bereits in der Versammlung angeregt wurde, wird in einer demnächst einzuberufenden Parteiversammlung erfolgen können. —

Die Magdeburger Justiz vor dem Reichsgericht. Wegen Belästigung des Landgerichtsdirektors Frohme in Magdeburg ist am 30. Mai vom Reichsgericht Potsdam der Redakteur der Brandenburgischen Zeitung, Parteigenosse Theodor Gut in Brandenburg, zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Er hatte in seinem Blatt den Majestätsbeleidigungs-Prozess gegen den Redakteur Müller in Magdeburg besprochen und dabei geäußert, das Urteil sei noch härter ausgefallen, als es zurecht schien. Der Landgerichtsdirektor Fr., unter dessen Vorsitz das Urteil gefaßt ist, hätte sich, so hieß es weiter, jagen müssen, daß er kein unbedingter Richter ist. Von Bebel sei er gründlich abgeführt worden, er sollte deshalb so rechtzeitig sein, in Prozessen gegen Sozialdemokraten nicht mehr den Vorsitz zu führen. Weiter bezeichnete Gut als gefällig, daß Fr. über Bebel gesagt hat, er möge sich um seine Wille am Richteramt beteiligen. Das Landgericht Potsdam hat angenommen, daß Gut dem Landgerichtsdirektor den Vorwurf der bewußten Pflicht-

widrigkeit gemacht hat, der den Vorstz nicht abgelehnt habe, trotz seines Hasses gegen die Sozialdemokraten. Den Schutz des § 193 hat das Gericht dem Angeklagten, da er auch Redakteur sei, zwar im allgemeinen zugestimmt, aber er hat die beleidigende Absicht aus der Form der Verurteilung hergeleitet. — Die Revision des Angeklagten wurde in der Verhandlung am Dienstag vor dem Reichsgericht in Leipzig vom Reichsanwalt für begründet erklärt. Das Urteil sage, S. sei berechtigt gewesen, an dem Magdeburger Urteil Kritik zu üben und billige ihm deshalb den Schutz des § 193 zu. S. habe nun aber gar nicht jenes Urteil kritisiert, sondern die „Wichtigkeit“ des Landgerichts-Direktors F., dem er Gehässigkeit vorgeworfen. Wenn der Angeklagte einen solchen Vorwurf habe erheben dürfen, so habe er ihn auch in Worten klären dürfen. Das Untergericht habe aber nicht gesagt, welche anderen Worte der Angeklagte hätte anwenden sollen, um sich nicht strafbar zu machen. Offenbar sei hier eine Verwechslung von Form und Inhalt untergelaufen. — Das Reichsgericht schloß sich diesen Ausführungen an, hob das Urteil auf und verpries die Sache an das Landgericht zurück. —

Bei dem Zusammenstoß des Straßenbahnwagens mit dem Eisenbahnzuge ist außer den bereits gestern Genannten auch der Hausdiener Friedrich Fischer aus Sudenburg leicht verletzt worden, während ein Sergeant vom Bezirkskommando sich noch rechtzeitig durch Abspringen vom Wagen vor dem drohenden Zusammenstoß rettete. Dem Führer Wehmeier, der das Führen erlernen sollte und zu diesem Zweck auf dem Wagen war, ergeht es gut; der Führer Behrendt ist nach ärztlichem Befund vorläufig noch nicht vernehmungsfähig. —

**Von der Elektrizität.** Ein Wagen der elektrischen Straßenbahn fuhr am Dienstag abend 6 1/2 Uhr gegen einen Aderwagen. Zwei vom Felde heimkehrende Wagen des Dekanons Schy wollten in den Thorweg des Grundstücks Große Diesdorferstraße 18 in der Wilhelmstadt einbiegen, als ein vom Straßenbahndepot kommender elektrischer Wagen gegen den zweiten Aderwagen stieß, der sich noch etwas auf den Straßenbahnschienen befand. Der Führer des zweiten Aderwagens, der den elektrischen Wagen herankommen sah, hielt sich glücklich Weise wieder festhält, so daß er mit dem Schrecken davonskam. Der zweite Aderwagen stieß mit ziemlicher Gewalt gegen den ersten, der sich bereits innerhalb der Thorwege befand; dadurch kam das Sattelgespann des ersten Wagens zu Falle; es erlitt mehrere Verletzungen, die es vorläufig dienstuntauglich gemacht haben. Auch diese beiden Wagen wurden beschädigt. Verjagte auch in diesem Falle die „Gaudbremse“? —

In der letzten Versammlung des **Gastwirtsvereins** wurde seitens einiger Tanzsaalbesitzer die Frage aufgeworfen, wie man sich vor Strafe schützen könne, falls Personen unter 16 Jahren im Tanzlokal angetroffen würden, die auf Befragen des Wirtes angegeben hätten, daß sie älter seien als 16 Jahre. Der Vorstand ersuchte, derartige Fälle rechtzeitig zur Kenntnis zu bringen, um beim königlichen Polizeipräsidium vorstellig werden und event. eine richterliche Entscheidung veranlassen zu können. —

Der **Milchhändler** ist versuchsweise das geräuschlose Ausstragen bestellter Milch in den Vormittagsstunden der Sonne- und Festtage gestattet. In der letzten Versammlung des Vereins Magdeburger Milchpächter wurde die Freigabe der Vormittagsstunden der Sonne- und Festtage dankbar begrüßt; allseitig wurde die Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben, sich streng innerhalb der gezogenen Grenzen zu bewegen — so bräutet von der Sonntagruhe ein Stück nach dem anderen ab. —

Der Inhaber der **Apollo-Gesellschaft** (Wallstraße) entgegnet auf das auch von uns erwähnte Eingeklagte des General-Anzeigers: Verantwortlich des Sprechsaalartikels in Nr. 285 muß ich, da hier in der Wallstraße kein anderes Lokal als das meine ist, entschieden gegen einen derartigen gehässigen Artikel Front machen. Daß es nach Schluß einer Tanzlustbarkeit wo circa 200 Personen das Lokal verlassen, nicht ganz ruhig abgeht, das sind Thatsachen, die sich in einem jeden öffentlichen Lokal vollziehen müssen, für die aber nie der Wirt verantwortlich gemacht werden kann. Was den zweiten Passus des Artikels anbelangt, so erkläre ich hiermit, daß es eine Lüge ist, da am genannten Tage das Lokal um 1 Uhr geschlossen wurde und ich den Einfender des Artikels, so bald ich den Namen desselben in Händen habe, wegen Geschäftsschädigung belangen werde. — Wir bestreiten ganz entschieden, daß sich in einem öffentlichen Lokale die gestern gerügten Handlungen „abspielen müssen.“ Ein einigermaßen anständiger Mensch geht solchen Nabaufzügen aus Wege. Auch uns sind seitens der Anwohner der Wallstraße vielfach Klagen zugegangen. —

Ein **Brandunglück**, welches recht bedauerliche Folgen nach sich zog, ereignete sich Dienstag abend gegen 8 Uhr auf dem Grundstück Maxienstraße 1. In einer im Erdgeschoß des Hintergebäudes belegenen Wohnung war die 7jährige Emma Wille in Abwesenheit ihrer Mutter mit ihren Kleidern der Herabführung zu nahe gekommen, so daß dieselben Feuer fingen. Mit brennenden Kleidern lief das Kind in die dort befindlichen Voigtländerischen Restaurationsräume, und es gelang dem dort anwesenden Metallarbeiter Hebeder mit Hilfe des Restaurateurs Voigtländer, mit einem schnell umgeworfenen Rock die Flammen zu erlöchen. Beim Eintreffen der Sanitätswache Budau wurden dem Kinde, welches am linken Arm, an der linken Seite und der Schulter ganz erhebliche Brandwunden davongetragen hatte, mit dem zu diesem Zweck vorhandenen Bardeleben'schen Verbänden angelegt. Nach dem Verband befand sich das Kind in einem auffallend ruhigen Zustande; trotzdem erfolgte seine Ueberführung nach dem städtischen Krankenhaus. —

**Tot aufgefunden** wurde am Dienstag nachmittag der Grubenarbeiter und Brennmaterialienhändler A. Feind in Fernersleben. Der Verstorbene, ein äußerst freudiger Mensch, war zur genannten Zeit auf dem Felde mit Walzen des Ackers beschäftigt, wobei er wahrscheinlich von einem Herzschlag erliegt ist. Die Leiche war äußerlich völlig unversehrt. —

### Nachrichten aus der Provinz.

**Aleptischrode** bei Eisleben. (Großfeuer.) 300 Schafe verbrannt sind in der Nacht zum Dienstag auf dem Rittergut Holzelle. Der Schaffstall war gegen 11 Uhr in Brand geraten und die armen Tiere mußten erlöchen. —

**Fernersleben.** (Vergessene Trauung.) Jüngst harzten in der Kirche eine Anzahl Personen, die dem Trauakt eines Paars heimwohnen

wollten. Die festgesetzte Stunde war längst verstrichen und noch immer ließ sich der Geistliche nicht sehen — er hatte die Trauung vergessen. Natürlich waren die sich verabschiedenden Personen, so wie deren Angehörige dem Gelpöhl der Zuschauer ausgesetzt. Die Vergesslichkeit des Geistlichen wurde viel besprochen und es wurden daran allerlei Bemerkungen geknüpft, aus denen hervorging, daß der Geistliche nicht weiter belästigt werden soll und man sich mit der standesamtlichen Eheschließung begnügen will. Dies ist auch nach unserer Meinung das Beste. Bemerkenswert ist noch, daß unter der Vergesslichkeit des Geistlichen noch die Angehörige der Brautenden zu leiden hatten, dies müssen wir zur Steuer der Wahrheit anerkennen. —

**Kelbra.** (Eine Erbschaft, die in richtige Hände kam.) Es handelt sich dabei allerdings nicht um die gewöhnlichen Millionen, dafür ist aber die Nachricht eine wahre. Eine Frau Johanna Gebhardt aus hiesiger Gegend wanderte vor mehreren Jahrzehnten nach Newyork aus und dort hat sie bei ihrem Tode ein Vermögen von etwa 175 000 Mk. hinterlassen. Ein Teil des Nachlasses fällt an die Kinder des Laternenwärters Beilcke. Die Erben leben alle in dürftigen Verhältnissen und deshalb ist ihnen die Erbschaft nur zu gönnen. —

**Weisensefeld.** (Glücklich abgelaufen.) Eine Frau Kronfeld, Merseburgerstraße wohnhaft, sprang infolge eines Streites mit ihrem Mann aus dem Fenster des 1. Stockwerkes. Ein Nachbar, der dem Streik schon länger zuhörte, fing die Frau auf, so daß der Sprung aus dem Fenster ganz ungefährlich verlief. —

### Nachrichten aus dem Reiche.

**Berlin.** (Erschossen.) Im Tiergarten erschossen hat sich am Dienstag nachmittag der wissenschaftliche Hilfslehrer Otto Nemes, ein Mann von 36 Jahren, der soeben am königlichen Gymnasium sein Probejahr absolviert hatte und nach Freiwalde verlegt werden sollte. Der Grund zum Selbstmord ist wahrscheinlich in hochgradiger Nervosität zu suchen. —

**Breslau.** (Mangel an Arbeitskräften.) Infolge von Arbeitermangel erhöhen mehrere ober-schlesische Gruben neuerdings dieöhne um 10 bis 30 Prozent. Der Regierungspräsident von Döppeln gestattete jetzt von Fall zu Fall die bisher verbotene Beschäftigung ausländischer (polnischer) Grubenarbeiter. —

**Gera.** (Mißgeburt.) Ein seltener Fall von Mißgeburt ist in Siegersdorf vorgekommen. Dem Arbeiter Maundorf wurde nämlich ein Kind geboren, dessen Kopf fast vollständig dem eines Hasen gleicht. Das Gesicht ist behaart und besonders die langen Ohren sind ausgeprägt. Das unglückliche Geschöpf, welches sich am Leben befindet, soll der Klinik in Halle zugeführt werden. —

**Königsberg.** (Zugentgleisung.) Montag, den 16. d. M. 5 Uhr 47 Minuten vormittags, entgleiste auf dem Bahnhof Seeburg der Arbeitszug von Rothlitz infolge böswillig herbeigeführter Weichenumstellung. Acht Personen sind schwer, 23 leicht verletzt. Die Thäter sind vermutlich drei jugendliche Burschen. — Wie kommen denn die „vermutlich drei jungen Burschen“ auf den Bahnhöfer? —

**Königsbrunn.** (Eisenbahnunfall.) Auf der Station Schwientochlowitz, fuhr ein Personenzug aus Königsbrunn mit voller Wucht auf einen Freiloch. Viele Reisende trugen schwere Verletzungen davon. —

**Nürnberg.** (Ein Erdschacht eingestürzt.) Mittwoch nachmittag stürzte bei der Fundamentierung eines Neubaus ein Erdschacht ein. Zwei Arbeiter wurden verschüttet; einer davon ist tot, der andere erlitt schwere Querschnitten. —

**Würzburg.** (Gerüstensturz.) Bei einem Gerüstensturz beim Miltenerger Brückenbau sind, wie aus Würzburg gemeldet wird, drei Arbeiter getötet, acht verwundet worden. —

### Kleine Chronik.

Zwischen den Stationen Franzensfeste und Graßstein an der Dreunersfede stieß Mittwoch früh ein von Kuffstein kommender Schnellzug mit einem Güterzuge zusammen. Drei Beamte des Güterzuges wurden getötet. —

**Arbeiter-Krawalle** sind kürzlich in Witau vorgekommen. In den umweit der Stadt belegenen Ziegelleien herrschte seit längerer Zeit zwischen den einheimischen und den zugewanderten altgläubigen Arbeitern Feindschaft. Dieser Tage wurde die Arbeiterkaserne der altgläubigen Arbeiter gestürmt, demoliert und in Brand gesetzt; das Feuer wurde jedoch zum Glück bald gelöscht. Auf beiden Seiten wurden viele Arbeiter verletzt. —

Der Süddeutschen Reichskorrespondenz zufolge findet am 19. d. M. im kaiserlichen Gesundheitsamt eine Konferenz über die Pest und Pestabwehr in Maßregeln statt, an der insbesondere Bakteriologen sowie die Vorstände von hygienischen Instituten teilnehmen werden. —

### Vereine, Versammlungen, Vergnügen

In der am Mittwoch abend im „Dreikaiserbund“ stattgefundenen **Partei-Versammlung** erstattete der bisherige Vertrauensmann Vater den Bericht über die Parteibewegung im verflochtenen Jahre. Sodann wurde Genosse Pistorius als erster und Genosse Vater als zweiter Vertrauensmann gewählt. Die Namen der Revisoren und Zeitungskommissionsmitglieder, deren Wahl ebenfalls erfolgte, geben wir morgen bekannt. Die Genossen Vater und Pistorius erstatteten hierauf in eingehender Weise Bericht über den Parteitag in Hannover. Eine Diskussion konnte leider nicht stattfinden, da der Stellvertreter des Wirtes auf Veranlassung der Polizei Feierabend bot und der Vorsitzende Lankeufel infolgedessen die Versammlung schließen mußte. Ein ausführlicher Bericht erfolgt morgen. —

Der Ortsverein der **Handschuhmacher** hielt am Sonnabend, den 14. Oktober seine Monatsversammlung in der Krone (Neustadt) ab. Derselbe war ziemlich gut besucht. Die Abschaffung der Heberfeierabendarbeit, hat sich, so weit bis jetzt die Situation zu übersehen ist, gut bewährt. Die geregelte 10stündige Arbeitszeit ist in allen hiesigen Fabriken von den Verbandsmitgliedern fast ohne Ausnahme eingehalten worden. Auf Grund einer angeregten Frage, wie sich die Kollegen dazu stellen, wenn in dringenden Fällen Ueberstunden verlangt werden, wurde beschlossen, solche nur in ganz besonderen Fällen zu machen, und zwar dürfen die Ueberstunden nur auf Fabrik stattfinden und mit einem Aufschlag von 25 Pfg. pro Stunde. —

Am Sonntag, den 15. d. M., fand eine große **Gewerkschafts-Versammlung** im Lokale des Herrn Herzog in Neuhaldensleben statt, in der Genosse Legien-Hamburg über die Gewerkschaftsorganisation und den Emanzipationskampf der Arbeiterklasse referierte. Leider war die Versammlung schwach besucht. Mit vollem Interesse lauschten die Anwesenden den Worten des Referenten, welcher in klarer verständlicher Weise den Emanzipationskampf erklärte und betonte, daß unter allen Umständen die Gewerkschaftsorganisation mit ganzer Kraft zu unterstützen sei. Mehrere forderte am Schlusse seiner trefflichen Ausführungen die Anwesenden auf, mit ganzer Kraft für die Organisation einzutreten. Hierauf erstattete der Vorsitzende des hiesigen Gewerkschafts-Kartells Bericht über die Thätigkeit des Kartells. Dasselbe hat sich hauptsächlich der Agitation gewidmet und sind auch durch die Heberarbeiter. Die Aufgaben des Kartells waren sehr schwierige, da bei der ersten Gründung des Kartells die Behörde Schwierigkeiten verursachte. Da das Inverbindungtreten politischer Vereine nicht gestattet ist, die hiesigen Gewerkschaften aber als politische Vereine gelten, wurde die Gründung in einer öffentlichen Versammlung vorgenommen. Die Einnahme des Kartells betrug 143,90 Mark, die Ausgabe 95,14 Mark, bleibt Restant 48,76 Mark. Es wurden 4 Gewerkschafts-Versammlungen im Jahre abgehalten. Die dem Kartell angehörenden Gewerkschaften zählen 474 Personen. Diese verteilen sich wie folgt: Maurer 1898 112 Mitglieder, 1899 140 Mitglieder, Zunahme 28 Mitglieder, Handschuhmacher 1898 120, 1899 126 Mitglieder, Zunahme 6, Zimmerer 1898 54, 1899 34 Mitglieder, Abnahme 20, Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter 1898 67, 1899 44 Mitglieder. Die Arbeiter- und Hilfsarbeiter Zahlstelle hat sich selbstständig gemacht, daher die Abnahme der Mitglieder. Porzellanarbeiter 1898 114, 1899 126 Mitglieder, Zunahme 12. Mithin haben die Gewerkschaften eine Zunahme von 46 und eine Abnahme von 20 Mitgliedern zu verzeichnen. Sodann wurde die Wahl des Kartells vorgenommen. Die bisherigen Delegierten wurden zumest wiedergewählt. Mit dem Wunsche, daß das jetzige Kartell mit voller Kraft an die Arbeit geht und die herzerregenden Worte unseres Genossen Legien beachtet werden, wurde die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die Gewerkschaften Deutschlands geschlossen. Nach Schluß der Versammlung wurde vom Arbeiter-Gesangverein Einigkeit und einigen anderen Sängern das Bundeslied „Auf Kameraden, zum Verbände“ vorgetragen, welches mit großem Beifall aufgenommen wurde. —

**Groß-Ottersleben.** Achtung Fabrik-, Landarbeiter und Arbeiterinnen. Sonntag, den 22. Oktober, nachmittags 3 Uhr, findet im Lokale des Herrn Strumpf die laufende Mitgliederversammlung statt, in welcher Vorstandswahl und noch weitere sehr wichtige Punkte erörtert werden. Die Kollegen werden ersucht, rege für diese Versammlung zu agitieren, da das Erscheinen aller Mitglieder notwendig ist. —

### Freitag, 20. Oktober:

- Männer-Turnverein „Frisch auf“, Magdeburg. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde im „Drei Kaiserbund“.
- Freie Turnerschaft Magdeburg-Wilhelmstadt. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde im „Luisenpark“.
- Männer-Gesangverein „Vorwärts“, Alte Neustadt. Jeden Freitag Übungsstunde bei Schuricht, Moldenstraße 26.
- Arbeiter-Turnverein Ungola. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde in der Krone, Moldenstraße.
- Naturheil-Berein Neue Neustadt. In der Genossenschafts-Badeanstalt, Breitenweg 31, Übungsabend: Dienstags für Herren, Freitags für Damen. Anfang abends 8 1/2 Uhr.
- Turnverein „Vorwärts“ Sudenburg. Jeden Mittwoch und Freitag abends 8 Uhr Turnstunde in „Friedrichsplatz“.
- Turnverein „Jahn“, Sudenburg. Jeden Mittwoch und Freitag Turnabend in der „Herbster Bierhalle“, Schönningerstraße 28.
- Arbeiter-Gesangverein Diesdorf. Jeden Freitag abends 8 Uhr Übungsstunde bei Hermann Silberbrandt (Gasthof zum weißen Kof.).
- Diesdorfer Männer-Turnverein. Jeden Dienstag und Freitag Übungsstunde im „Weihen Kof.“ (Nyh. Silberbrandt).
- Niederndodeleben. Arbeiter-Turnverein „Freiheit“. Jeden Dienstag und Freitag Übungsstunde bei Gustav Hornemann.
- Arbeiter-Turnverein Obensiedt. Dienstags und Freitags Übungsstunde bei A. Schinke.
- Arbeiter-Turnverein „Vorwärts“, Fernersleben. Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunde bei Lauch.
- Athleten-Klub Groß-Ottersleben. Jeden Dienstag und Freitag Übungsstunde bei Strumpf.
- Klein-Ottersleben. Männer-Turnverein Klein-Ottersleben. Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunde bei Friedrich Strumpf in Groß-Ottersleben.
- Freie Turner Bismarck. Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunde im Lokale des Herrn Poppe.
- Freie Athletenschaft Burg. Dienstags und Freitags Übungsstunde von 8 bis 10 Uhr im „Hofjäger“.
- Burg. Freie Turnerschaft. Jeden Dienstag und Freitag abends 8 Uhr Turnstunde im „Hofjäger“.

### Letzte Nachrichten.

**Dresden.** Der Streik der Steinarbeiter ist beendet. In einer Versammlung, die am Mittwoch nachmittag im „Englischen Garten“ stattfand, wurde berichtet: In Dresden und Pirna ist am Montag die endgültige Einigung vollzogen worden. In einer gemeinschaftlichen Sitzung von Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter, die am Dienstag abend in Berlin abgehalten wurde, ist auch der Zustand im Streikgebiet von Bunzlau unter folgenden Bedingungen beigelegt worden: Vom 1. März 1900 ab erhalten die Steinmehrer auf den bisherigen Tarif einen Zuschlag von 10 Prozent, in Tagelohn 60 Pfg. pro Stunde. Die Steinbrecher erhalten in Accord pro Kubikmeter einen Zuschlag von 50 Pfg., in Lohn eine Zulage von 2 Pfg. pro Stunde. Die bei Ausbruch des Streiks liegenden gebliebenen Arbeiten sollen in loyalster Weise berechnet werden. —

### Briefkasten.

**M. B. 20.** Wir können Ihnen das betr. Werk nicht auf Abzahlung liefern; wenden Sie sich an den dortigen Kolporteur Aug. Blume. Eventuell können Sie von uns jeden Band einzeln gegen Voreinsendung von 5 75 Mark beziehen. —

# Richard Neumann, Buckau

offert ausnahmsweise billig:

Knabenjagdwesten	Stück 75 Pfg.	Kinderbarchentbeinkleider	Stück 18 Pfg.
Herrenjagdwesten	Stück 125—650	Damenbarchentbeinkleider	„ 58
Braune Arbeitsjacken	Stück 98	Halbjeidene Kinderhalstücher	„ 9
Herrenbarchenthalsstücher	„ 17	Barchentschlafdecken	Stück 45 u. 98
Normalherrenbeinkleider	„ 85	Umgeschlagetücher	Stück 65
Note Herrentaschentücher	„ 10	Gestricke Kindermützchen	„ 16
Normalherrenhemden	„ 58	Bettzeuge, volle Breite	„ Meter 21

Reellste Bezugsquelle Buckaus bei anerkannt kulantester Bedienung.

Nur bei Friedel Finke

Abteilung 3.  
Fabrikation

**Arbeits-Garantien**  
Stets großes Lager in  
Arbeits-Garantien haben sich in der letzten Zeit  
meines Geschäftes einen Absatz erworben.

Arbeits-Garantien  
Stets großes Lager in  
Arbeits-Garantien haben sich in der letzten Zeit  
meines Geschäftes einen Absatz erworben.

125/126

Ecke Schrotdorferstr. Breitemweg Ecke Schrotdorferstr.

Abteilung 4.  
Hüte und Mützen

**Hüte und Mützen**  
Hüte für Herren, Knaben u. Mädchen  
in großer Auswahl zu den billigsten Preisen.  
Spätes in allen Farben und Preislagen für Herren  
von 1.50, 2.25, 2.75, 3.00 u.a.  
Beachten Sie meine 5 Schaufenster!

# Ehrenfried Finke

125 Magdeburg 126  
Breitemweg

Schlafen Schrotdorferstraße

Meinen werten Freunden und Gönnern mache ich hierdurch die ergebene Mitteilung, daß ich meine neuen Geschäftsräume eröffnet habe. Dieselben sind ganz bedeutend vergrößert und der Neuzeit entsprechend eingerichtet.

Das mir bisher in so reichem Maße geschenkte Vertrauen bitte auch meinem neuen Unternehmen gütigst entgegenzubringen. Es wird mein Bestreben sein, das geehrte kaufende Publikum möglichst in jeder Weise zufriedenzustellen zu suchen und lege ich, wie bisher, besonderen Wert auf gute Stoffe und gediegene Arbeit.

Der Verkauf findet gegen Kasse zu streng festen Preisen statt. Um das kaufende Publikum vor Uebervorteilung zu wahren, ist jedes zum Verkauf kommende Stück Ware in deutlichen blauen Zahlen ausgezeichnet.

Abteilung I und II:

## Grosses Stofflager zur Massanfertigung.

Die Anfertigung der feinsten Herren-Moden geschieht unter Leitung bewährter Kräfte.

Für eleganten Schnitt und guten Sitz übernehme jede Garantie.

Beste Stoffe bei äußerst soliden Preisen.

Barismäßige Lohnzahlung.

### Elegante Herren- und Knaben-Bekleidung!

**Hohenzollern-Mäntel**

in allen Größen und Farben 15, 20, 30, 40 Mark an

**Paletots**

Cheriot, Diagonal und Satin 12, 16, 20, 30 Mark an

**Loden-Joppen**

6 bis 12 Mark

**Knaben-Mäntel**

2.00 bis 12 Mark

**Rock-Anzüge**

20, 25, 30 bis 40 Mark

**Jackett-Anzüge**

12, 16, 20, 30 Mark

**Stoff-Hosen**

3, 4, 5, 6 Mark

**Knaben-Anzüge**

3, 4, 5, 8 Mark

Nur

Ecke Schrotdorferstr. Breitemweg Ecke Schrotdorferstr.

125/126

Abteilung 5.  
Hüte und Mützen

**Hüte und Mützen**  
Hüte für Herren, Knaben u. Mädchen  
in großer Auswahl zu den billigsten Preisen.  
Spätes in allen Farben und Preislagen für Herren  
von 1.50, 2.25, 2.75, 3.00 u.a.  
Beachten Sie meine 5 Schaufenster!

Hüte und Mützen  
Hüte für Herren, Knaben u. Mädchen  
in großer Auswahl zu den billigsten Preisen.  
Spätes in allen Farben und Preislagen für Herren  
von 1.50, 2.25, 2.75, 3.00 u.a.  
Beachten Sie meine 5 Schaufenster!

Abteilung 6.  
Schirme

**Schirme**  
Schirme für Herren, Knaben u. Mädchen  
in großer Auswahl zu den billigsten Preisen.  
Spätes in allen Farben und Preislagen für Herren  
von 1.50, 2.25, 2.75, 3.00 u.a.  
Beachten Sie meine 5 Schaufenster!

Schirme  
Schirme für Herren, Knaben u. Mädchen  
in großer Auswahl zu den billigsten Preisen.  
Spätes in allen Farben und Preislagen für Herren  
von 1.50, 2.25, 2.75, 3.00 u.a.  
Beachten Sie meine 5 Schaufenster!

Streng feste Preise!

Wo kauft man am reellsten?

Wo kauft man am billigsten?

## Der „Klub der Harmlosen“ vor Gericht.

Berlin, 17. Oktober 1899.

Zwölfter Tag.

Der Vorsitzende, Landgerichtsrat **Denso**, eröffnet die Sitzung um 9 Uhr, wobei er die Hoffnung ausdrückt, daß die Beweisaufnahme heute zu Ende gelangen wird. Die ersten heute vernommenen Zeugen werden über die Vorgänge im Victoria-Hotel vernommen. Rechtskandidat **v. Schreiber** ist zugegen gewesen, als im Victoria-Hotel der Vorfall mit Herrn **v. Schrader** sich ereignete, bei welchem nach dem Weggange des letztern mehr Karten im Spiel vorgefunden, als vorhanden sein durften.

### Verdächtige Spieler.

Von Dr. **Kornblum** will der Zeuge nicht viel wissen: Dieser sei ihm sehr unsympathisch gewesen, obgleich er leider ein Verwandter von ihm sei. Er habe einmal Herrn **Kornblum** wegen einer groben Beleidigung eine Pistolenforderung zugestellt, **Kornblum** habe aber darauf nicht reagiert und dieser Vorfall habe mit dazu beigetragen, daß man den Wunsch hatte, einen Cirkel ohne Teilnahme **K.'s** zu bilden. — Der Bruder dieses Zeugen, **Fabrikbesitzer v. Sch.**, tritt seinem Bruder in dieser Charakteristik **Kornblums** bei. Er bestätigt weiter, daß ihm sein Bruder seiner Zeit in Leipzig seine Beobachtungen über das Spiel des **Marz** mitgeteilt hat. Auch bei dem Vorfall mit Herrn **v. Schrader** ist der Zeuge anwesend gewesen.

### Wie der Offizier v. Schrader spielte.

Er hat gesehen, daß **v. Schrader**, der damals noch aktiver Offizier war, die Karten einmal unter den Tisch hielt. Er hat dagegen protestiert und später mit festgestellt, daß mehr Karten vorhanden waren, als sein durften.

### Der anonyme Geldverleiher.

Der Zeuge **Gutsbesitzer Brüttner** ist mit dem Angeklagten **v. Schachtmeyer** seit langer Zeit bekannt und giebt diesem das beste Zeugnis. Von der Anklage wird hervorgehoben, daß, als der Zeuge einmal vorübergehend in Verlegenheit war und eine größere Geldsumme brauchte, **v. Kröcher** ihm angeboten hat, ihm das Geld durch einen ihm bekannten Herrn zu beschaffen. Den Wunsch, den Namen des betreffenden Herrn zu nennen, erklärt **v. Kröcher** nicht erfüllen zu können, da er nicht zum Angeber werden wolle. Es handle sich um einen Herrn, der „in der Gesellschaft“ verkehre, sehr elegant aufträte, sich wie ein Kavaliere bewege, aber „hinten r'um“ Geldgeschäfte machen solle. — Zeuge **Brüttner** bekundet weiter, daß der Jahresetat des Angeklagten **v. Kröcher** seiner Zeit von den Bekannten auf 30000 Mark geschätzt wurde.

### Die Drohung mit dem Bezirkskommando.

Längere Zeit beansprucht die Vernehmung des Kaufmanns und Reservelieutenants **Linkermann**. Es handelt sich bei ihm im wesentlichen darum, festzustellen, ob er durch **v. Kaiser**, dem er aus dem Spiel 5000 Mark schuldig, besonders bedrängt und ihm mit einer Anzeige bei dem Bezirkskommando gedroht worden sei. Die 5000 Mark stehen heute noch unbeglichen offen, wie der Zeuge sagt, weil inzwischen das Strafverfahren eingeleitet und **v. Kaiser** verhaftet worden sei. Der Zeuge bestreitet, je gesagt zu haben, daß **v. Kröcher**, „der Schlepper für Wolff“ gewesen sei. Aus einer zur Verlesung gebrachten reichen Korrespondenz, die zwischen dem Angeklagten **v. Kaiser** und dem Zeugen über die Begleichung der Spielschuld gewechselt worden ist, geht

hervor, daß **v. Kaiser** sich auch an den Vater des Zeugen gewandt und dadurch starken Unmut hervorgerufen hat. **v. Kaiser** erklärt, daß dies nur geschehen sei, um die Adresse des Zeugen von dem Vater zu erfahren.

### Marquis oder Marqueter?

Auf Wunsch des Angeklagten **v. Kaiser** äußert sich der Zeuge **v. Reccum** noch über den **Baron v. Gali**, der so ungeheure Summen im Klub verloren haben soll. Der Zeuge hat Herrn **v. Gali** in Ostende kennen gelernt und ihn hier selbst in dem Klub eingeführt. Er hat in Ostende selbst eine große Summe an Herrn **v. Gali** verloren, ebenso ein anderer Herr, und **v. Gali** habe hier jedenfalls nicht mehr verloren, als er dort gewonnen hat. — Rechtsanwält **Dr. Schachtel**: Herr **v. Mantuffel** hat ja das Decernat über die Spieler. Ist ihm von Herrn **v. Gali** etwas bekannt gewesen? — **v. Mantuffel**: Nein.

### Im „Großen Monarchen“ zu Aachen.

Es folgt die Vernehmung des Zeugen **Simson**, welcher Geschäftsführer in dem Hotel „Großer Monarch“ in Aachen war, in dem Herr **v. Schrader** und der Angeklagte **v. Kröcher** wohnten. Es habe sich in dem Zimmer ein Koullette und eine grüne Wachstuchdecke mit großen schwarzen Zahlen befunden, ebenso eine Anzahl Spiele Karten, aber wer diese Gegenstände mitgebracht hat, weiß der Zeuge auch nicht. In dem Hotel hätten die Herren **v. Schrader**, **v. Kröcher** und **v. v. Goltz** gewohnt. **Wolff**, der auch zu den Spielabenden erschienen sei, habe in einem andern Hotel gewohnt. Ein besonders intimer Verkehr zwischen **v. Kröcher** und **Wolff** ist dem Zeugen nicht aufgefallen. — **Oberstaatsanwalt**: Haben Sie etwas von Herrn **v. Schrader** gehört? — Zeuge: Ja, er ist nach Ostende gereist und hat sich dort vergiftet. — **Oberstaatsanwalt**: Wissen Sie weshalb? — Zeuge: Ich glaube wegen Spielschulden.

### Vizekonsul a. D. Moos.

Nach kurzer Pause wird der Zeuge **Vizekonsul a. D. Moos** noch einmal vorgelesen und nach den verschiedensten Richtungen hin über seine Beziehungen zu Herrn **v. Kaiser** vernommen. Es ergibt sich, daß der Zeuge den Angeklagten **v. Kaiser** eine Summe im Spiel schuldig geblieben war und **v. Kaiser** ohne Rücksicht die Bezahlung der Schuld verlangt, ja sogar beabsichtigt hatte, den Zeugen zum Offenbarungseid zu zwingen. Der Zeuge hat darauf einen fulminanten Brief an **v. Kaiser** gerichtet und darin sehr deutliche Drohungen ausgesprochen, daß er an die öffentliche Meinung appellieren und Anzeige erstatten werde. Der Zeuge behauptet in dem Briefe u. a. auch, daß **v. Kaiser** gar kein Recht zu solchem energischen Vorgehen habe, da er selbst sich wiederholt in Bedrängnis befunden habe. Der Zeuge **v. Schreiber** habe ihm sogar einmal, als er dem Angeklagten Geld leihen sollte, warnend gesagt: „Ne lui donnez rien, il ne paie pas.“ (Geben Sie ihm nichts, er bezahlt nicht). Der Zeuge **v. Schreiber** erklärt dies entschieden für falsch, schon aus dem Grunde, weil ihm Herr **v. Kaiser** nie etwas schuldig geblieben sei und er demselben durchaus freundlich gesinnt war. — **v. Kaiser** bestreitet, daß er jemals vom Zeugen **Moos** Geld geliehen habe. Im übrigen habe er es für angemessen erachtet, gegen **Moos** ohne Rücksicht vorzugehen, weil dieser in einem Falle sich thätiglich sofort an das Regiment eines Offiziers telegraphisch gewandt habe, der ihm Geld schuldig geblieben sei. — Auf Befragen des Justizrats **Dr. Sello** giebt Zeuge die Auskunft, daß er Titular-Vice-

konsul a. D. sei und für französische und englische Finanz-Zeitschriften arbeite. — Justizrat **Dr. Sello**: Schwerten gegen den Zeugen noch andere Klagen als die des Herrn **v. Kaiser**? — Zeuge: Später sind erst noch andere Klagen eingeleitet worden. — Zeuge **Moos** giebt eine umfangreiche Darstellung des Falles, in welchem er gegen einen Lieutenant **v. B.**, der seine Versprechungen zur Rückzahlung einer ihm geliehenen kleinen Summe trotz wiederholter Mahnungen nicht erfüllte, eine telegraphische Meldung an den Regimentskommandeur erstattet hat. Ihm thue dies nachträglich ja sehr leid, er habe aber die telegraphische Meldung nur „aus Prinzip“ gethan. Herr **v. B.** habe die Sache dadurch erledigt, daß er ihm eines Tages mitgeteilt habe, er habe das Geld einem bestimmten Oberkellner überwiesen. Die Sache sei auch richtig gewesen; nach der Befundung des Oberkellners habe **v. B.** das Geld allerdings deponiert, in derselben Nacht aber Unglück gehabt und es wieder abgehoben. Die Sache sei schließlich so erledigt worden, daß Herr **v. B.** ihm nicht gram geblieben sei. In jener Gesellschaft sei es gar nichts Seltenes gewesen, daß man jagte: Wenn Sie nicht pünktlich bezahlen, werde ich mich an das Regiment wenden. Speziell habe Herr **Kornblum**, den gerade Herr **v. Kaiser** wieder in die Gesellschaft hineingebracht habe, nachdem er aus derselben hinausgeschmissen worden war, mehrere Herren sofort angezeigt. — Ueber die persönlichen Verhältnisse des Zeugen, seine Einkünfte, sein Verhalten Mitspielern gegenüber und verschiedene andere Dinge, die die Glaubwürdigkeit des Zeugen erschüttern sollen, richtet Justizrat **Dr. Sello** noch eine Reihe von Fragen an den Zeugen, die derselbe energisch in einem Sinne beantwortet, daß ein Vorwurf gegen ihn nicht zu erheben sei. Es kommt dabei zur Sprache, daß der Zeuge einmal zu **Dr. Leipziger** gesagt haben soll: Wenn **v. Kaiser** ihm eine Ehrenerklärung abgebe, würde er als Zeuge Dinge bekunden, die **v. Kaiser** entlasten würden. Der Zeuge bestreitet dies und will nur gesagt haben, daß, wenn **v. Kaiser** ihm keine Ehrenerklärung abgebe, er ihm nach seiner Freisprechung seinen Kartellträger zuschicken werde. Zeuge bekundet auch noch allerlei Aeußerungen des Herrn **Kornblum**, der allerdings sehr viel und auch viel Böses über die Angeklagten gesagt habe. So habe er kurz vor seiner Abreise von hier gesagt: er habe von dem Spiel ein Plus, wie er es selten erzielt habe. Ein anderes Mal habe er sich dahin geäußert: Was geht es mich an, daß Herr **v. Mantuffel** gern Polizeirat werden möchte; wanner mir 10000 Mark giebt, dann erzähle ich ihm allerlei, bis jetzt habe ich ihm noch nichts gesagt.

### Sagelschlag.

Der folgende Zeuge ist der Rennstallbesitzer **Gustav Dehlschläger**, der Sohn des bekannten verstorbenen Rennstallbesitzers. Er kennt nur die beiden ersten Angeklagten, mit **v. Kaiser** ist er auf der Schule gewesen. Er hat mehrmals die Spielgesellschaft besucht und an **v. Kaiser** 1160 Mark verloren, wovon er 60 Mark abbezahlt hat. — **R.-A. Dr. Schwindt**: Kennen Sie **v. Kröcher's** Rennpferd „Sagelschlag“? — Zeuge: Ja, es ist ein gutes Hürdenpferd, das Aussicht auf Gewinne bietet. — Auf Antrag des Angeklagten wird über diesen Punkt der Leutnant **v. Lottow** vernommen. Er erklärt, daß er dem Angeklagten **v. Kröcher** zum Ankauf des Pferdes geraten habe. **v. Kröcher** habe 4400 Mark dafür gezahlt. Das Pferd habe in **Karlsdorf**, in **Hamburg** und anderen Rennplätzen bedeutende Gewinne erzielt. — **Dr. Schwindt**: Wie

## Genilletou.

### Helene.

Roman in drei Büchern von **Minna Kautsch**.

(120. Fortsetzung.)

„Der Kastellan wird gleich herunterkommen,“ flüstert **Helene**; darauf gehen sie rascher die Treppe hinab, als flüchteten sie vor einem Feind. Als sie die Halle erreicht hatten, hörte man im oberen Stockwerk die Thüre öffnen.

**Helene**, die voran ging, beschleunigte ihre Schritte.

Da entfuhr ihr ein leises „Ah!“, ihr Fuß strauchelte über die ausgebrochene Stelle.

Aber ebenso rasch hatte er sie gefaßt und vor dem Hin- stürzen bewahrt.

Er behielt ihre Hand in der seinen und fühlte ihre jagenden Pulse, sein eigenes Herz klopfte nicht heftiger; aber er umschlang diese zitternde Hand mit keinem heißen Druck und ohne ein Wort zu sagen geleitete er sie durch den dunklen, gewundenen Korridor ins Freie.

Die Sonne war schon gesunken, aber die Höhen leuchteten in einem glühenden Rot, das alles verklärte.

Er hatte ihre Hand losgelassen und sie gingen die Mauer entlang, stumm nebeneinander her.

Schon konnte man durch die Bäume nach dem Unger blicken, da war niemand, er konnte sich unbemerkt entfernen. Er blieb stehen.

„Leben Sie wohl, **Helene**.“

Sie sah zu ihm auf und blieb betroffen vor der ersten nervösen Entschlossenheit, die sich in jedem Zuge seines Gesichtes ausdrückte.

Wie vorher hat sie ihn so gesehen und sie kann nicht loskommen von diesen ersten Augen mit dem tiefen Schatten unausgesprochenen Wehes.

Er wird gehen in seiner trotzigen Männlichkeit und schweigend es tragen — aber sie —

Sie wankt und lehnt sich gegen die Mauer. ... Etwas Außerordentliches geht in ihr vor ... plötzlich ist es ihr klar — sie wußte bisher nicht, was Liebe sei, weil keiner sie noch geliebt hat, wie er, mit jenem heiligen und großen Gefühl — das auch ihr die Brust zersprengen will — und das ein Almosen verwirft, weil es nur alles um alles tauscht.

Erriet er, was sie bewegt? In einer energischen Bewegung streckte er ihr beide Hände entgegen.

Sie wirft sich an seinen Hals ... ihre Arme umschlingen ihn fest.

Nur das Abendrot guckt in den stillen Winkel herein und wirft seinen glühenden Widerschein auf ihr schönes Gesicht, das aufwärts, ihm zugewendet bleibt und auf das er Ruß um Ruß drückt.

„Auf Wiedersehen!“ sagen sie und sagen es immer wieder, weil sie sich nicht zu trennen vermögen. Endlich geht er doch.

Aber ehe er um die Ecke biegt, muß er noch einmal sich umsehen.

Sie steht an die Mauer gelehnt, wie in seliger Ermattung und lächelt und grüßt mit den Augen.

Und in seinem überströmenden Glück überkommt ihn der alte Uebermut: mit beiden Händen faßt er die zarten weißen Blüten der Waldrebe zu einem Büschel zusammen und schlingt die langstieligen Winden und Widen darüber und formt einen großen Blumenknauel, den er ihr zuwirft, als seinen endgültig letzten Liebesgruß.

Die Blauen und weißen Blumen umrieseln sie. Sie faßt sie zusammen, drückt sie an ihr Herz, an ihre Lippen, und während Thränen aus ihren Augen stürzen, befragt sie sich selbst über das Wunder: Ist es denn möglich! Ist es möglich, daß alles, was sie erstorben glaubte, nun erst zu Blüte und Duft gekommen ist!

### VI.

Der große, weitläufige Perron des Bahnhofes in Winterthur, wo die verschiedensten Linien zusammentreffen, zeigte, wie immer während der Reiseaison, bei Ankunft und Abgang der Züge eine mannigfaltige, ineinanderflutende Bewegung. Viele Reisende verließen hier den Zug, um die Richtung zu wechseln, andere kamen herzu. Unter denen, welche um die rasch nacheinander eintreffenden Züge zu erwarten, den Perron auf- und abzuwachen, befanden sich auch **Konrad** und ein jüngerer Genosse, die sich indes absichtlich voneinander fernhielten.

**Konrad** hatte seinen zugespitzten Knebelbart heute noch etwas kürzer geschneitten; er trug keine Krawatte; der Hemdkragen war weit zurückgeschlagen und der Rock bis an den Hals zugeknöpft, so daß auch kein Streifen Wäsche zum Vorschein kam.

Eine junge Engländerin, die promenierend auf- und nieder- schritt und bald von rechts, bald von links an ihm vorbeischienderte, äußerte sich ihrer Begleiterin gegenüber sehr ent- rüstet über diese Unkorrektheit. „The fellow looks shocking!“ versicherte sie.

Aber die Ältere sicherte, während sie hinter ihrem Fächer den Wächselosen noch aufmerksamer betrachtete und meinte, daß dieses „Short of linen“ nur Koffetierie von dem Manne sei, um seinen kräftigen, schön gebauten Hals sehen zu lassen.

**Konrad** schenkte den Damen keine Aufmerksamkeit. Er lächelte wohl einmal, worauf sich die beiden mit den Ellenbogen stießen und ein „look at his teeth“ einander zu- küßerten, aber das Lächeln schien nur seinen eigenen Gedanken zu gelten.

Der heranbrausende Zug machte diesem müßigen Zeit- vertreib ein Ende und nahm die Aufmerksamkeit aller in Anspruch.

Ein Hasten und Hinundherlaufen begann, ein Rufen nach den Kommissionärs, ein sich Hüften zum Einstiegen, denn der Zug hatte nur einige Minuten Aufenthalt.

(Fortsetzung folgt.)

hoch schätzen Sie die Gesamtsumme? — Zeuge: Mindestens 10 000 Mark. — Oberstaatsanwalt: Wie hoch belaufen sich jährlich die Unkosten für ein Rennpferd? — Zeuge: Etwa 4000 Mark. — Angekl. v. Kröcher: Es wird mir zum Vorwurf gemacht, daß ich mir mehrere Rennpferde hielt. Ich mache darauf aufmerksam, daß die übrigen Pferde nicht mir gehörten, sondern nur auf meinem Namen liefen. — Oberstaatsanwalt: Was hatte das für einen Zweck? — v. Kröcher: Das kommt häufig vor. — Zeuge v. Lottow bestätigt dies. Mancher Geschäftsmann schene es, ein Pferd auf den eigenen Namen kaufen zu lassen, da sie fürchten, daß sie sonst ihren Kredit schädigen würden. — v. Kröcher erklärt, daß er mindestens 40 000 Mark gewonnen haben würde, wenn die Pferde sämtlich sein Eigentum gewesen wären. — Dr. Sello an den Zeugen Dehlichläger: Sie waren mit v. Kaiser zusammen auf der Ritterakademie in Brandenburg. Können Sie uns irgend welche Angaben darüber machen, wie der Angeklagte v. Kaiser dazu gekommen ist, ein so leidenschaftlicher Spieler zu werden? — Zeuge: Nein ich kann nur sagen, daß schon dort unter den jungen Leuten ein großes Interesse für Sport herrschte.

#### Der Redakteur vom Tageblatt.

Es wird jodann der Redakteur Moritz Friedländer vom Berliner Tageblatt vernommen, welcher erklärt, daß die Mitteilungen, die dem Artikel des Tageblatt zu Grunde lagen, von Dr. Kornblum herrühren. Er habe diesen seit Jahren oberflächlich gekannt und Dr. Kornblum habe im Dezember v. J. schriftlich ihn um ein Rendezvous gebeten und bei letzterem die Intimität aus dem Spielereifer erzählt. — Präsi.: Hielten Sie den Dr. Kornblum für eine glaubhafte Person? — Zeuge: Damals hielt ich ihn dafür. — R. A. Schachtel: Hat Dr. Kornblum Ihnen nicht die ungeheuerliche Summe von 500 000 Mark genannt? — Zeuge: Ja.

#### Tageblatt und Polizei.

Vori.: Wie viele Zusammenkünfte haben Sie mit Herrn v. Mantewitz gehabt? — Zeuge: Genau weiß ich es nicht, sagen wir 5—10 mal. — Vert.: Bei Ihrer ersten Vernehmung hat der Untersuchungsrichter ein Protokoll anfertigen lassen? — Zeuge: Gewiß, ein außerordentlich sorgfältiges und gewissenhaftes Protokoll. — Vert.: Wie kam es denn, daß Sie nach zwei Tagen eine große Berichtigung des Protokolls verlangten? — Zeuge: Die Frage ist nach zwei Wochen unrichtig. Ich habe nicht nach zwei Tagen eine „große“ Berichtigung verlangt, sondern am folgenden Morgen nur einige kleine Zusätze zu meiner Aussage gemacht, die der Untersuchungsrichter lächelnden Mundes als völlig unweiblich bezeichnete. — Vert.: Haben Sie nicht Herrn v. Mantewitz gegenüber einmal die Befürchtung ausgesprochen, daß die ganze Geschichte im Sande verlaufen könnte? — Zeuge: Daß ich den Ausdruck „Befürchtung“ gebraucht habe, glaube ich nicht. — Vert.: Was hat Ihnen Herr v. Mantewitz darauf erwidert? — Zeuge: Das sei wohl nicht zu befürchten. — Vert.: Weiter nichts? — Zeuge: Ich glaube, er hat hinzugefügt: Sie würden mir einen großen Gefallen thun, wenn Sie nichts mehr über die Angelegenheit veröffentlichen. — Vert.: Wer hat Ihnen die Mitteilung von der Verhaftung v. Schachmeyer's gegeben? — Zeuge: Die ist auf dem normalen Wege der Berichterstattung zu mir gelangt. Ich habe mir die Nachricht von Herrn v. Mantewitz bestätigen lassen. — Angekl. v. Kröcher: Von wem haben Sie die Anklageschrift? — Zeuge: Das möchte ich nicht gern sagen. — v. Kröcher: Ich möchte es aber gern wissen. — Zeuge: Ich verweigere die Antwort, da ich niemand Unannehmlichkeiten bereiten will. Ich erkläre aber ausdrücklich, daß ich sie nicht von Herrn v. Mantewitz habe.

Darauf wird die Verhandlung bis Mittwoch vormittag 9 Uhr vertagt.

### Aus der Parteibewegung.

In der Welt am Montag, dem Organ des Nationalsozialen von Berlin, lesen wir: „Der ehemalige nationale soziale Führer a. D. Paul Göhre nahm am sozialdemokratischen Parteitag vorwiegend als Zuhörer teil. Wie wir jedoch aus besserer Quelle hören, hat er den Gedanken, ins Programm zurückzugehen, den er in letzter Zeit noch lebhaft erwohnen hatte, ausdrücklich ausgesprochen und wird in nächster Zeit offen zur Sozialdemokratie überzutreten.“ Göhre hat bekanntlich in der Wochenchrift: Die Zukunft (Nr. 33 vom 13. Mai 1899) in dem Aufsatz: „Meine Trennung von dem Nationalsozialen“ sich ausführlich über den damals ausgesprochenen Wunsch aus dem nationalsozialen Gruppe auszuscheiden. Er trennte sich von ihr, weil die Wahlberechtigung von 1895 und die Haltung bei der Rede von Dreyfus ihm „peinlich“ habe, daß die Nationalsozialen eine „bürgerliche Gruppe“ geworden wären, und daß der „Nationalsozialismus“ für sie geradezu etwas „politisches Prinzip“ geworden sei. „Nationalsozialismus“ sei „ihnen fremd“. Die kleine nationalsozialistische Partei ist heute jedenfalls keine proletarisch-sozialistische, sondern eine bürgerlich-nationalistische Gruppe. Und nach dieser Entwicklung mit meinen Absichten und Wünschen unvereinbar ist, habe ich keinen Platz mehr bei dem Nationalsozialen.“ Es bleibt abzuwarten, ob sich die Richtung der Welt am Montag bekräftigt.

**Die Sozialdemokratie und das Militärwesen**  
beinhaltet sich ein Artikel der offiziellen Berliner Arbeiterzeitung über die Militärbehörde auf dem Parteitag in Hannover: „Die Verweigerung jeglicher Mittel zur Sozialdemokratie“, heißt der Aufsatz, „so lange das Heerwesen dem sozialdemokratischen Geknecht nicht überlassen ist, kann es die Gewissen zu Feinden des Vaterlandes, zu denen es für die Arbeiter und Arbeiterinnen unserer nationalen Einheit, der beständigen Gesellschaft keinen Frieden und keine Ordnung geben kann.“ Wir würden dieses Stereotyp aus dem Jahre kaiserlicher Kriegsmilitär nicht der Erwähnung wert halten, wenn nicht ein allgemeines Aechzen der „nationalen“ Blätter

mit ähnlichen Phrasen in Aussicht stände. An der Dummheit, die darin liegt, die stärkste Partei Deutschlands zu Feinden des Vaterlandes zu stempeln, wollen wir die Nachbeter offiziöser Weisheit nicht hindern, weil sie den Beweis erbringen, wie vieles in ihrem Vaterlande faul sein muß, um so viel Vaterlandsfeinde darin erstehen zu lassen. Aber die Frage „der völligen Unbrauchbarkeit der Militäroffiziere“ dürfte es nicht gelingen, die von uns erstrebte Demokratisierung des Heeres — für uns der Kernpunkt der Militärfrage — zurückzuführen auf das unsinnige Bestreben Deutschlands mehrlos zu machen. Die Geschichte giebt übrigens Beispiele genug, wie oft der Staat seine Existenz der Wehrhaftmachung des Volkes, der Volkswehr, zu danken hatte. Mit solchen Taschentüchlerstücken, wie es das Schredgespenst aus der Zeit der Faschingswahlen ist, sollten die Verehrer des Militarismus die Welt nicht mehr langweilen.

### Soziale Bewegung.

#### Inland.

Die Lohnbewegung auf den ober-schlesischen Kohlengruben nimmt immer größere Dimensionen an. In einem anonymen Flugblatt werden in ruhiger Weise die Gründe der Lohnforderungen und der Forderung der Achtstundentag auseinandergesetzt. Allem Anschein nach geht die Bewegung von den Leitern des Deutscher polnisch-katholischen Verbandes aus. Zu einem Streik ist es noch nicht gekommen; die zehn Gruben beugen durch Lohn-erhöhungen dem Ausbruch eines Ausstandes vor. Der Katolik selbst giebt sich keinerlei Mühe, vom Streifen abzumachen, obwohl er wissen muß, daß die ober-schlesischen Bergarbeiter-Organisationen noch nicht stark genug sind, um einen Streik erfolgreich zu Ende zu führen.

Der Krefelder Färberstreik dauert noch immer fort. Jetzt sind Agenten der Unternehmer (namentlich nach Sachsen) unterwegs, um Ersatzkräfte heranzuziehen; hoffentlich werden sie damit keinen Erfolg haben. In einer Versammlung der Ausständigen wurde beschlossen, das Einigungsamt anzurufen. Sollten sich die Firmen ablehnend verhalten, so soll der Gewerbeinspektor um Vermittlung angegangen werden. In Sonnborn haben, wie der Krefelder Streikleitung telegraphisch mitgeteilt wurde, die Arbeiter der Firma Loie die Arbeit eingestellt, weil dort Krefelder Streikarbeit hergestellt werden sollte. Die Streikleitung hatte dieser Tage ein Flugblatt verbreiten lassen, in welchem der Stand des Streiks dargelegt ist. Nach dem Flugblatt hat die Polizei bei dem Verleger und dem Drucker Hausdurchsuchung gehalten, natürlich ergebnislos.

#### Leipziger Streikarbeit im Ruhrgebiet.

52 Formner der Firma Stöckel u. Schütz in Milspe und 15 Formner der Firma Kemmerhoff u. Bedefing in Gevelsberg haben gekündigt, weil ihnen zugemutet wurde, Leipziger Streikarbeit zu machen. Die Firma Dismann Weijel u. Co. in Milspe hat es vorgezogen, die Leipziger Modelle zurück-zuschicken. Wahrscheinlich werden sich die Arbeiter der Fabriken von Schwelm in Schwelm und Hovernann in Gevelsberg der Bewegung anschließen. Die Kündigung läuft am 20. Oktober ab. Eine friedliche Verständigung mit den Fabrikanten scheint leider ausgeschlossen. Der Temperfabrikantenverein hat nämlich beschlossen, wenn bei Stöckel u. Schütz, sowie bei den Firmen, wo Kündigungen wegen Leipziger Streikarbeit erfolgt sind, die Arbeiter die Kündigung nicht zurücknehmen, alle Arbeiter, auch die unbeteiligten, auszuschließen. Auf die indifferenten und unorganisierten Arbeiter hat dieser Beschluß eine heilsame Wirkung ausgeübt. Sie lassen sich in großer Zahl im Verband aufnehmen.

#### Sachsenproletariat.

Der allgemeine Organisationsrat in der Erzdiözese Bistum hat eine Aufnahme über die Lage der Organisten in der Diözese veranstaltet. Die Statistik lautet: bei Organisten, die gleichzeitig das Küsteramt bekleiden, das jährliche Einkommen aus beiden Funktionen beträgt: in fünf Fällen 65—100, in 25 Fällen 100—200, in 32 Fällen 200—400, in 4 Fällen 400—500, in weiteren 4 Fällen 500—600 Mark. Von diesen Leuten bekleideten 44 auch gleichzeitig das Dirigenantenamt. Für diese Mithaltung erhielten 53 nichts, einer pro Jahr 10, einer 24, zwei je 30, einer 40, einer 45, einer 49, einer 50, zwei je 60 und einer 75 Mark inklusive Heizung, Beleuchtung und Aufschöpfung. Von 25 Organisten, die gleichzeitig ein Küsteramt bekleiden, erhielten für erstere Thätigkeit: drei ein jährliches Gehalt von 30, zwei je 45, einer 50, neun je 60—100, acht je 100—150, zwei je 150—200 und zwei je 200 Mark. Von ihnen bekleideten 20 gleichzeitig das Dirigenantenamt. Für diese Mithaltung erhielten 16 nichts, vier eine Vergütung von je 20, 40, 75 und 108 Mark pro Jahr. Von 78 Organisten, die kein Nebenamt bekleiden, erhielten jährliches Gehalt: einer 36, einer 50, drei 60, 16 60—100, 15 100—200, 12 200—300, neun 300—400, zehn 400—500, zwei 600, sieben 600—750, zwei 1350 und 1500 Mark. Von diesen bekleideten 36 gleichzeitig das Dirigenantenamt. Für diese Mithaltung erhielten 22 nichts, einer 15, zwei je 30, einer 66, drei je 75, vier je 150, einer 177, einer 250 und einer 400 Mark pro Jahr inkl. Bekleidung, Heizung und Licht.

#### Ausland.

**Der gesetzliche Arbeitstag in Russland.** Die in Russland am 11. Stunden festgesetzte Norm des Arbeitstages in den Fabriken wird in den kleineren Städten und Industriestädten nicht eingehalten, weil die Arbeiter unter solchen Umständen mit der Fabrikverwaltung Hand in Hand zu gehen müssen. So werden namentlich Arbeiter aus dem Süden, die in den Manufakturen die Aufsichtsbehörden über Fabriken und Werkstätten nicht nur in beschränkter Weise den Unternehmern fast zu Diensten sind, wenn es den Arbeiter betrifft, sondern auch, daß die Arbeitstagenorm so gut wie ignoriert wird. In vielen der größeren und kleineren

Werkstätten, sowie in den Fabriken und Gewerbe-Stablißments dauert die Tagesarbeit 13—20 Stunden! Besondere haben unter dieser Knechtung die Kinderjährigen zu leiden, sie müssen von 6 Uhr morgens bis 12 oder 1 Uhr nacharbeiten. Um die Arbeiter über die übermäßige Dauer des Arbeitstages zu täuschen, wenden die Fabrikanten und Handwerksmeister übrigens einen für die Kulturverhältnisse Südrusslands bezeichnenden Trick an: sie verstellen die Uhr am Morgen und am Abend um 1 1/2 bis 2 Stunden.

### Jahresversammlung des Centralverbandes von Ortskrankenkassen im Deutschen Reich.

M., Hannover, den 16. Oktober 1899.

#### Erster Verhandlungstag.

In der Nachmittags Sitzung, an der auch Stadtarzt Dr. Pannewitz der Leiter des Tuberkulosekongresses, aus Berlin teilnimmt, wird die Debatte über den Vortrag des Dr. Friedberg eröffnet.

Wendland-Magdeburg schließt sich den Ausführungen des Referenten an. Soll etwas erreicht werden, so muß die Zersplitterung der Krankenkassen radikal beseitigt werden. (Zustimmung) Alle Krankheiten, die voraussichtlich zur Invalidität führen, müßten sofort die Invalidenversicherung, alle Krankheiten, die aus dem Betriebe herrühren, der Unfallversicherung, alle übrigen der Krankenversicherung überwiesen werden. Dann kommen die Krankenkassen in die Lage, sofort für die Kranken einzutreten.

Prinz-Cottbus meint, daß Dr. Friedberg, mit dem er in übrigen ganz einer Meinung ist, denn doch die Simulation unterschätze, die nur durch strenge Durchführung der Krankenkontrolle und durch das System der Vertrauensärzte eingeschränkt werden könne. Redner empfiehlt folgenden Antrag der vereinigten Ortskrankenkasse Cottbus: Die Versammlung wolle beschließen, daß eine Umänderung des § 5 Absatz 1 des Krankenversicherungsgesetzes dahingehend angefordert werde, daß bezüglich der Zahl der Antragsteller ein Unterschied je nach der Größe der Kasse gemacht werde. (Die Zahl der Antragsteller soll der Größe der Kasse proportional entsprechen.)

Wendland-Magdeburg polemisiert gegen die Ausführungen des Dr. Friedberg. Solche Sprünge dürften nicht gemacht werden, nur schrittweise seien Verbesserungen vorzunehmen. Die Berufsvereinigungen behaupten sich konstant (Widerpruch) wenigstens nach seinen langjährigen Erfahrungen in seinem Bezirk.

Ullmann-Berlin findet, daß Dr. Friedberg zu sehr als Arzt gesprochen habe und nicht vom Standpunkt des Klassenbeamten. Das gelte vor allem für die Ausführungen des Referenten über die Ausgehzeit. (Sehr richtig!) Die Arbeitslosigkeit dürfe nicht als Krankheit betrachtet werden; hier könnten nicht die Krankenkassen, hier müsse der Staat helfen. Redner empfiehlt die Centralisation der Krankenkassen; nur dann könne den Mitgliedern planmäßig gemacht werden, daß sie höhere Beiträge leisten müßten. Er stellt für die freie Vereinigung der Krankenkassen mit freier Arztwahl zu Berlin folgenden Antrag: „Der § 26 a Abs. 2, Biffer 2 b ist folgende Fassung zu geben: „daß die ärztliche Behandlung, die Visitation der Kranken und sonstiger zur Krankenpflege benötigter Heilmittel, die Kur- und Verpflegung nur durch bestimmte Ärzte, Apotheker, Krankenhäuser und Visiteranten von Heilmitteln und andere Bedürfnisse der Krankenpflege zu gewähren sind.“

Dähne-Berlin (Arbeitervertreter im Reichsversicherungsamt) ist mit der Ueberweisung der Kranken möglichst an Krankenhäuser einverstanden, verlangt aber von den Kommunen und vom Staate, daß für bessere Krankenhäuser gesorgt werde. Die Mißstände in der Charite in Berlin würden erst jetzt beseitigt, nachdem eine Art Boykott dieses Krankenhauses durch die Krankenkassen vorangegangen sei. Wenn Arbeitslosigkeit und Elend auch als Krankheit betrachtet werden sollten, dann gehe das über die Aufgaben der Krankenkassen hinaus. Das Krankengeld sei in der That zu niedrig und zwar deshalb, weil die ortsüblichen Tagelöhne zu niedrig festgesetzt seien, in einigen Orten für industrielle Arbeiter z. B. nur eine Mark. Der § 46 des Krankenversicherungsgesetzes ist dahin zu ändern, daß Krankenkassenverbände ohne Einwilligung der Kommunalbehörden sich bilden dürfen. Die Berufsvereinigungen handeln mit einigen Ausnahmen bei der Herabsetzung der Renten sehr rigoros. Es seien Fälle vorgekommen, wo die Rente viermal im Laufe eines Jahres herabgesetzt worden sei. Der nationalsozialistische Standpunkt der Berufsvereinigungen zeige sich auch in den Rentenangelegenheiten. (Lebhafte Zustimmung.)

Reg.-Rat Klein meint, daß Herr Dähne die Berufsvereinigungen zu schwarz gemalt habe. (Widerpruch.) Es komme ja vor, daß in einem Jahre mehrere Rentenherabsetzungen vorgenommen würden, aber in jedem markanten Falle, oder wenn die Fälle sich häuften, greife das Reichsversicherungsamt ein und weise auf die Unzumutbarkeit eines solchen Verfahrens hin. Es sei zu hoffen, daß es so mit der Zeit zu einer milderen Praxis der Berufsvereinigungen kommen werde. Ebenso lasse das Reichsversicherungsamt, wie Herr Dähne wissen müsse, bei den sogenannten Rentenvereinigungen eintreten. Es sei immer zu berücksichtigen, daß nach Lage der Gesetzgebung nicht die Erwerbsmöglichkeit sondern die Erwerbsfähigkeit in Betracht komme. Hofschadenmeister Eichstädt-Berlin meint, daß es Schuld der Ärzte sei, wenn die Renten von den Berufsvereinigungen zu niedrig bemessen würden.

Fischer-Weimar: Die schablonmäßige Einteilung der Berechtigungen durch die Berufsvereinigungen (ein Finger = 5 Prozent; demindere Erwerbsfähigkeit u.) nicht die Ärzte tragen die Schuld (Zustimmung.)

Fiedler-Nürnberg schildert die Mißstände im Krankenversicherungsamt in Nürnberg, das der freisinnige Magistrat zu einem sozialpolitischen Kameron gemacht habe. (Große Heiterkeit.) Die Arbeiter würden in die Gemeindeversicherung gedrängt, wo ihnen die sozialpolitischen Ehrenrechte genommen seien. Der Nürnberger Magistrat kümmere sich wenig um die Bedürfnisse des Reichstages und mache die Einführung der fünften Lohnklasse im neuen Invalidengesetz durch die niedrige Bemessung des ortsüblichen Tagelöhnes für Nürnberg illusorisch.

Günther-Berlin verweist auf die Broschüre des Dr. Landmann und empfiehlt, im nächsten Jahre den Apothekern zu Leibe zu gehen. (Beifall.)

Vorsitzender Apotheker Steinhilber erklärt, daß die Berechnungen des Dr. Landmann für Leipzig nicht stimmten, weil dort auf Schwabes und seine Anregung die Apotheker mit den Krankenkassen Verträge abgeschlossen hätten, die es ausschließen, daß die Ortskrankenkassen mehr bezahlen müßten als Privateute. Daß die Krankenkassen Forderungen an die Apotheker stellten, sei ihnen nicht zu verdenken. „Die Herren können es thun, wenn sie nur wollen.“ (Wieder.)

Ehler-Berlin vertritt wann den Standpunkt des Referenten. Damit schließt die Diskussion.

Folgende Anträge zum Krankenversicherungsgesetz werden angenommen:

- § 1. Ausdehnung der Versicherungspflicht auf Dienstmoten, Kanzleigehilfen, Anstaltsdiener. Die Fassung in gleicher Weise wie diejenige des § 1 des Invaliditätsgesetzes ist wünschenswert.
- § 5. Ausdehnung der Krankenunterstützung von 13 auf 26 Wochen als gesetzliche Mindestleistung.
- § 20 Abs. 2. Der durchschnittliche Tagelohn einer Klasse darf nicht über den Betrag von 6 Mark festgesetzt werden.
- § 20 Abs. 3. Die Frist für die Gewährung von Sterbegeldern vom Ablauf der Krankenunterstützungszeit bis zum Tode dürfte auf zwei Jahre ausgedehnt sein.
- § 26 a Abs. 2 Biffer 2. Streichung der gesetzlichen Bestimmung, daß bei Geschlechtskrankheiten die Gewährung einer Krankenunterstützung ausgeschlossen werden kann.
- § 26 a Abs. 2 Biffer 2 b: Die ärztliche Behandlung, die Visitation der Kranken und sonstiger zur Krankenpflege benötigten Heilmittel, die Kur- und Verpflegung sind nur durch bestimmte Ärzte, Apotheker, Krankenhäuser und Visiteranten von Heilmitteln zu gewähren.
- § 43 Abs. 1 soll lauten: Sämtliche oder mehrere Gemeinde-Krankenversicherungen oder Ortskrankenkassen.
- § 46 Abs. 2 sollen die Worte: „Von der höheren Verwaltungsbehörde . . . zu genehmigen“ zu streichen.

§ 54a hinter den Worten: „Dauer der Krankenunterstützung“ und die Worte „oder während des Besuchs der Wöchnerinnenunterstützung“ beigefügt nicht entrichtet“ einzufügen.

§ 56a Abs. 1. Je nach der Größe der Kasse soll die Zahl der Antragsteller proportional bemessen werden. In seinem Schlusswort weist Dr. Friedberg die Angriffe, die sein Referat erfahren, zurück und hebt hervor, daß er auch nicht glaube, daß sich alle seine Wünsche von heute auf morgen verwirklichen ließen. Es handle sich um die Feststellung der Tendenz bei der Revision des Krankenversicherungsgesetzes.

Dem Vorstande Leipzig des Centralverbandes der Ortskrankenkassen Deutschlands wird der Auftrag erteilt, das gesamte Material zur Reform der Krankenversicherung zu sammeln und dem Reichstage und Bundesrat für die kommende Novelle zur Verfügung zu stellen. — Ein Antrag, die Berliner Centralkommission mit dieser Aufgabe zu betrauen, war in der Minderheit geblieben.

Es wird mitgeteilt, daß auf dem Kongress 56 Kassen mit 1 113 262 Mitgliedern durch 101 Delegierte vertreten sind. Es folgt Punkt 5 der Tagesordnung: Die Beziehungen zwischen Krankenkasse und Arbeitsnachweis.

Referent ist Herr Dr. Jaström-Charlottenburg. Zwischen der Beendigung der ärztlichen Thätigkeit und der vollen Gesundheit des Erkrankten steht ein Zwischenraum, die Rekonvaleszenz. Daraus hat sich die Rekonvaleszenzpflege entwickelt. Aber auch der Arbeiter, der vollständig geheilt, ist auf dem Arbeitsmarkt noch in einer Ausnahmelage. Auf dem Arbeitsmarkt wird nicht der, der krank gewesen ist, bevorzugt, sondern der nie krank gewordene. Die Arbeitsbeschaffung aber gehört bei nervösen Krankheiten z. B. mit zur Heilung. So ist es denn kein Zufall, wenn die Stadt, die am frühesten Rekonvaleszenzpflege getroffen hat, auch zuerst für die Beschäftigung der vollen Rekonvaleszenten Sorge hat: Leipzig. Der Fürsorge-Verein für Rekonvaleszenten hat die Arbeitsvermittlung in großem Umfange versucht, leider bisher mit sehr geringem Erfolge. Schließlich hat sich Verein mit der Armenpflege in Verbindung gesetzt. Die Zustucht zur Armenpflege ist immer ein Armutszugnis für die betreffende Verwaltung, es ist ein völliges Versagen aller Aufgaben des Arbeitsnachweises, der ein Bestandteil der gewerblichen Verwaltung sein sollte. Auch die Volkshilfskassen des Vereins vom Roten Kreuz hat einen Arbeitsnachweis für Rekonvaleszenten eingerichtet und soll Erfolg gehabt haben. Die Arbeitsbeschaffung für krank gewesene hat ein wichtiges Analogon in den besonderen Arbeitsnachweisen für entlassene Strafgefangene. Wenn wir dies für entlassene Strafgefangene thun, mit welchem Rechte können wir solche Einrichtungen denen versagen, die ohne eigenes Verschulden, bloß durch Erkrankung in Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt gekommen sind? (Vehemente Zustimmung.) Es besteht daher die Notwendigkeit, besondere Arbeitsvermittlungen für krank gewesene zu treffen. Es wird eingeworfen, man solle nicht sentimental sein, sondern es wirtschaftlich für besser erachten, wenn nur kräftige Arbeiter übrig bleiben. Es ist falsch, einem solchen Idiot von Volkswirtschaft nachzujagen, das von dem Gedanken beherrscht ist, es gebe viel zu viel Menschen. Die Beobachtungen des Arbeitsmarktes ergeben das Gegenteil. Der größte Schatz eines Landes sind Menschen, die arbeiten können. Wir haben nicht zu viel Menschen in Deutschland, das zeigt der Arbeitermangel auf dem Lande. Er ist kein Ausnahmestadium. In dem ungeheuren Beden des Arbeitsmarktes, in dem die Menschenmassen hin und her fluten, kann nicht dauernd Ueberfluß an der einen und Mangel an der andern Stelle herrschen. Wir haben aber auch Arbeitermangel im Bergbau, in der Metallindustrie. In den verschiedensten Industriezweigen herrscht Arbeitermangel, so daß die Unternehmener mit Freude auch körperlich schwächere Arbeiter anwenden. Die Krankenkassen sollten mit ihrer Autorität zunächst einwirken für die Errichtung öffentlicher Arbeitsnachweise überall da, wo sie noch nicht bestehen. Je engermaschiger das Netz der Arbeitsnachweise wird, desto mehr Mittel stellen sich auch ein, wieder qualifizierten Arbeitern Stellen zu verschaffen. Die allerbeste Art, gegen Krankheit anzukämpfen, ist die Vorbeugung und zu den hervorragendsten Mitteln der Vorbeugung gehört auch die Arbeitsbeschaffung. Inwiefern sind die Krankenkassen sehr an der Frage der Arbeitsvermittlung interessiert. Die Krankenkassenverwaltungen können am besten mit dem Arbeitsmarkt aus den Mitgliederzahlen überblicken. Sie sind die natürlichen Centralstellen für die Beurteilung der Lage des Arbeitsmarktes. Sie sollten dazu aber nicht am Ende des Jahres, sondern schon monatlich die Mitgliederzahlen feststellen. Gut wäre es, wenn Arbeitsnachweis und Krankenkassen in demselben Gebäude untergebracht würden. Es handelt sich hier nicht um himmelstürmende Reformen, aber auch kleine Verbesserungen sind hier von großem Werte. (Beifall.)

Die Diskussion wird eröffnet. Der Stadtarzt Dr. Pannwitz erklärt sich mit den Ausführungen des Vorredners einverstanden. Als Leiter des Lungenheilstättenwesens wisse er, wie schwer es oft sei, Rekonvaleszenten wieder der Arbeit zuzuführen. Bisher habe man immer nur an das gute Herz verständiger Arbeitgeber appellieren müssen, den Jünglingen von Lungenheilstätten die Arbeitsstelle offen zu halten. Vielfach habe man versucht, den Lungenkranken in der Heilstätte eine andere Arbeit lernen zu lassen. Vielleicht werde es auch möglich sein, Arbeiter zur gefährlichen ländlichen Thätigkeit zurückzuführen. Er wolle sich aber nach der Richtung sehr vorsichtig ausdrücken. Ländliche Betriebe in Heilstätten seien schon eingerichtet worden.

Wendlandt-Magdeburg wendet sich gegen Herrn Pannwitz. Die Krankenkassen könnten sich nicht dazu hergeben, der Leutenot auf dem Lande abzuhelfen, die nur aus den dort gezahlten Hungerlöhnen resultiere. Er halte auch nicht viel von den öffentlichen Arbeitsnachweisen. Der Arbeitsnachweis müsse den Arbeitern gehören, deshalb sei nur eine Angliederung der Krankenkassen an die Gewerkschaften geboten.

Dr. Friedberg-Berlin: Vieles in dem Vortrage Dr. Jaströms sei dankenswert gewesen, aber vieles sei auch bedenklich. Die minderwertigen krank gewordenen Leute könnten von den Arbeitsnachweisen leicht zur Lohndrückerei benutzt werden. Das Proletariat könne solche Palliativmittel nicht gutheißen, sein Bestreben gehe dahin, eine ganz neue Grundlage im Staatswesen für die Stellung des Arbeiters zu schaffen.

Reitberg-Hamburg ist mit Jaström in den Hauptpunkten einverstanden. Aber die öffentlichen Arbeitsnachweise vermitteln jetzt auch Arbeitskräfte nach dem Lande. Für den Industriearbeiter sei der Nachweis der Gewerkschaften maßgebend und für die Hebung der Gewerkschaften müsse die ganze Kraft eingesetzt werden.

Seemann-Hannover: Die Angliederung der Kassen an die Arbeitsnachweise würde nur der Bestechung der Kandidaten Thür und Thor öffnen. (Widerspruch.)

Kaufmann-Harburg: Die Vorredner hätten sich unnötig erhit, wohl weil sie Herrn Jaström nicht ganz richtig verstanden haben. Die Aufrollung der Frage, was thun wir für unsere Rekonvaleszenten, sei sehr berechtigt. Es frage sich nur, ob Dr. Jaström den richtigen Weg gezeigt habe. Die Besorgung der Lohndrückerei besäße nur allerdings bei dem Herrn Dr. Jaström und er meine, es sei besser, auf eine Organisation der Arbeitslosen-Unterstützung hinzuwirken.

Gräf-Frankfurt ist auch der Meinung, daß Dr. Jaström nicht von allen verstanden worden sei, denn ein Anwalt der Kardorffs und Kanige sei Dr. Jaström nicht. Die Frage der Angliederung der Kassen sei noch nicht spruchreif. Die Verammlung solle nicht beschließen, daß die Krankenkassen Arbeitsnachweise errichten, aber es sei den Kassen zu empfehlen, der Arbeitsvermittlung ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Simanowski-Berlin wendet sich gegen Dr. Jaström. Kein zielbewußter Arbeiter könne sich mit agrarischen Vorschlägen einverstanden erklären.

Hogrefe-Hannover meint, Herr Dr. Jaström habe nur um statisches Material gebeten, dieses könne man ihm ruhig geben. Die Diskussion wird geschlossen.

In seinem Schlusswort klärt Dr. Jaström einige Mißverständnisse auf. Er habe über die Organisation der Arbeitsnachweise ob kommunal oder gewerkschaftlich, gar nicht gesprochen, ebenso wenig habe er die Abweisung der Arbeiter aufs Land empfohlen. Ueber diese Frage habe sich Dr. Pannwitz ausgelassen. Auch einen Lohndruck wolle er nicht herbeiführen. Der Lohndruck resultiere aus der Desorganisation des Arbeitsnachweises. Um große politische Gefähr-

punkte hervorzulehren, sei das Thema nicht angehtan. Er sei auch für große Mittel zur Hebung der Arbeiterklasse, deshalb achte er aber auch die kleinen Mittel nicht gering.

Die Versammlung nimmt hierauf eine Resolution an, der Einrichtung von Arbeitsnachweisen ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden und empfiehlt den Kassen, der Zeitschrift Der Arbeitsmarkt allmonatlich das nötige statistische Material zugehen zu lassen.

Hierauf werden die weiteren Verhandlungen auf Dienstag früh vertagt. —

### Gerichtliche Urteile.

**Landgericht Magdeburg.**  
Der Zeichnerlehrling Otto Lüpke zu Bückau, geboren 1884, stahl einer Händlerin aus dem Laden eine Blechbüchse mit 105 Mark. Davon bezahlte er 34 Mark Reparaturkosten für sein Fahrrad und verpflastete den Rest. Ferner stahl er einem Lichtpauser ein Brennglas und einen Ehestandsthermometer. Der geständige Angeklagte wurde zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt. —

Die Dienstmagd Auguste Zimmermann zu Theesen, geboren 1873, stahl ihrer Dienstherrin am 9. September d. J. mehrere Kleidungsstücke und eine goldene Broche, womit sie dann heimlich verschwand. Da wiederholter Rückfall vorliegt, erkannte der Gerichtshof auf 2 Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht. —

Der Handschuhmacher Hermann Schmidt zu Burg, geboren 1866, geriet am 3. September d. J. abends auf der Straße mit dem Landwirt Borgmann in Wortwechsel, beleidigte ihn durch Schimpfreden und stach ihn mit einem Messer in die linke Brust. Schmidt erhielt wegen Beleidigung und gefährlicher Körperverletzung 9 Monate Gefängnis. —

Der Arbeitsburche Albert Rößler, geb. 1883, war im Wilhelmshafen beschäftigt und benutzte die Gelegenheit, Badegästen die Portemonnaies mit Geld zu stehlen. Ferner stahl er einem Schüler eine Uhr mit goldener Kette und aus der Badeanstalt eine Blüschdecke, wobei er abgefaßt wurde. Sonst hatte er sich stets neugierig herangedrängt, wenn sich die Beschäftigten beschwerten und in dreister Weise darüber mit gesprochen, wer wohl der Dieb sein möge. In einem Falle nahm Rößler einem Buchhändler das Portemonnaie mit Inhalt aus der Hofe, steckte es aber wieder zurück, weil er gefürchtete wurde. Den Angeklagten trafen wegen vollendeten Diebstahls in zehn Fällen und versuchten Diebstahls in einem Falle mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit 6 Monate Gefängnis. —

In der vergangenen Woche sind in Oberschlesien nicht weniger als fünf Personen wegen Majestätsbeleidigung verurteilt worden: in Beuthen, Oberschlesien, der Maurermeister Kasimir Bierich (zu 6 Monaten Gefängnis), der Geschäftsführer des polnischen Blattes Katolik, Robert Gaide (4 Monate), der Bergmann Karl Zurek (6 Monate), die Bauerauszügerin Josepha Wäcker aus Bujow bei Landsberg, Oberschlesien, vom Landgericht Kreuzburg (6 Monate) und der Arbeiter Rosel aus Dels (5 Jahre). **82 Monate Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung in einer Woche in einem Drittel einer Provinz! Genügt das?**

### Kleine Chronik.

Gustav Heuer, Mitinhaber und Leiter der Buntpapierfabrik Heuer u. Co. in Leipzig, wurde wegen Wechselkreiterei in Höhe von über 400 000 Mark und wegen Unregelmäßigkeiten verhaftet. —

Ein neuer Fall tödlich verlaufenen Milzbrandes. Am Montag wurde ins städtische Krankenhaus die in der Lindenstraße Straße zu Gohlis wohnhafte, 32 Jahre alte Bäckerin Luise Waldau eingeliefert. Die Beobachtungswerte war seit Jahren blind und erwarb sich ihren Lebensunterhalt mit Wärfenbinden. Dabei zog sie sich eine Milzbrandvergiftung zu. Gestern verstarb die unglückliche Arbeiterin. —

Dienstag mittag stürzte an einem Neubau in Köln ein großes Gerüst zusammen. Die auf ihm befindlichen Arbeiter wurden in die Tiefe geschleudert. Einer von ihnen blieb tot. Nach den Feststellungen der Baupolizei waren die Balken nicht tief genug in die Mauer eingelassen worden. —

Der Vorstand der Mainzer Lagerhausverwaltung, Herr Wendel, der im Bahnhofsraum einen in der Fahrt begriffenen Eisenbahnzug steigen wollte, stürzte und erlitt einen Schädelbruch, dem er am Abend erlag. —

Auf der Johanneshöhe bei Dortmund explodierte ein Dampfkegel. Zwei Mann wurden schwer verletzt. —

Die im Verlag von D. Th. Scholl in München vor einiger Zeit erschienene Broschüre „Türkisches im Christentum“ ist von der k. k. Staatsanwaltschaft in Wien konfisziert worden. —

**Die „gelbe Gefahr“.** In der Kölnischen Zeitung erschien vor einiger Zeit ein Artikel, in welchem die Tugenden der Kulis über das Bohnenlied gelobt und die Einführung von chinesischen Diensthöten empfohlen wurde. Die Anregung des würdigen Unternehmerorgans, das sonst nicht genug die „nationale Idee“ feiern kann, hat bereits Früchte getragen; im Deutschen Blatt findet sich nachstehendes Inserat:

Chinesische Diensthöten.  
Ein Großindustrieller, welcher geneigt ist, den in der Kölnischen Zeitung vom 1. Oktober Nr. 771 besprochenen Versuch zu machen, und selbst 5-6 junge Chinesen gebrauchen könnte, sucht Standesgenossen, welche sich an diesem Versuch beteiligen wollen, so daß eine größere Anzahl junger Chinesen importiert werden kann. Mit den Diensthöten wird der Anfang gemacht; natürlich werden sich diese bewähren, sind viel arbeitssamer, zufriedener, billiger und williger, als die Deutschen. Manche Kamalität wäre im Handumdrehen gelöst: die Diensthötenfrage, die Leutenot. Die Kulis würden weder eine Diensthötenbewegung machen, noch je die Erringung des Koalitionsrechts oder die Beilegung der Gefindordnung anstreben. Das, was deutsche Kraut- und Schlotbarone sich als das Ideal eines Arbeiters vorstellen, wäre erreicht — ein Arbeitstier. Die Sache ist in der That sehr ernst zu nehmen und es gilt — so lange solcher Kulkump t zwecks Lohndruck und Kulturerniedrigung benutzt werden soll — dem ersten Versuch energig entgegenzutreten. Die Regierung hat die Pflicht, im Interesse der deutschen Arbeiterklasse, im Interesse der Kultur, dem Eindringen jener asiatischen billigen Arbeitskraft zu wehren. Wenn je, so ist hier der „Schutz der nationalen Arbeit“ am Platz. —

### Vermischte Nachrichten.

Zur Abschreckungstheorie. Das Berliner Fremdenblatt schreibt: Die „junge Welt“, die im „Harnlosen-Prozess“ Zeugnis ablegte, scheint sich während ihres mehr oder minder unfreiwilligen Aufenthaltes in Berlin recht gut zu „amüsieren“. Eine kleine Episode, die sich hinter den Kulissen abspielte, spricht dafür. Einem Zeugen, der von außerhalb gekommen war und nach dem vierten Tage im allseitigen Einverständnis der Gerichtsfaktoren wieder entlassen wurde, wurden in der Gerichtskasse ein Reisegehd und Aufwands-Entschädigung 143 Mark ausgezahlt.

„Was!“ rief der Herr, „nur 143 Mark!“  
„Das ist der gesetzlich zulässige höchste Satz!“ erwiderte der Beamte.

„Aber was meinen Sie denn“, fuhr der Zeuge fort, „mich haben die paar Tage schon viertausend Mark gekostet!“  
Daß diese Aeußerung in das Gebiet des „kalten Aufschnitts“ fällt, ist nicht gut anzunehmen, den der Zeuge ist ein „abeliger Kavaller“, deshalb läßt sie den Schluß zu, daß während des anfänglich sensationellen und jetzt recht „harnlosen“ Spielerprozesses in Berlin recht fleißig — gespielt wird. —

Ein heiteres Vorkommnis wird aus einem niederheimischen Landtreibe berichtet. Einem Gemeindevorsteher war es gelungen, sechs falsche Thaler zu beschlagnahmen. Auf eine Anfrage wurde ihm der Bescheid, die Falsifikate sofort der Staatsanwaltschaft des betreffenden niederrheinischen Landgerichts einzuliefern. Dieser Verpflichtung kam das Gemeindevorhaupt denn auch in der Weise nach, daß er das falsche Geld bei der Postkasse einzahlte. Der Postagent nahm das Geld ohne Anstand an — wer würde auch Mißtrauen hegen gegen Ortsvorsteher? — die Staatsanwaltschaft kam um ihre Beweisstücke, und die falschen Thaler sind nunmehr wieder im flotten Verkehr. —

Auf einem Grabstein in Feldkirch, welcher die Jahreszahl 1830 trägt, befindet sich folgender Spruch:  
Hier ruhet Franz Joseph Matt,  
Der sich zu Tod gelassen hat.  
Herr, gib' ihm die ewige Ruh'  
Und ein Gläschen Schnaps dazu.

Die Ausrottung eines Affen allein seines Felles wegen hätte man wohl kaum für wahrscheinlich gehalten, und doch droht dieselbe nach dem Prometheus dem schönen Satansaffen (Colobus Satanas), aus dessen glänzend schwarzem, langhaarigem Fell man Rutschermäntel und Damenmuffen verfertigt. Der Gouverneur der Goldküste berechnete 1892 die Ausfuhr der Felle dieser und einiger nahestehender Arten auf jährlich 175 000 Stück, die einen Wert von 600 000 Mark repräsentierten und, da nicht alle Felle brauchbar sind, der Erzeugung von wenigstens 200 000 Affen im Jahre entsprachen. Seitdem hat sich die Ausfuhr fortschreitend vermindert und 1894 kamen noch 168 405 Felle, 1896 aber kaum mehr die Hälfte, 67 600 Felle im Werte von ungefähr 300 000 Mark, zur Ausfuhr, weil diese Affen in manchen Gegenden schon völlig ausgerottet sind. Da die Jagd dieser Tiere im ganzen Jahre frei ist, wird der Affe bald überall ausgerottet sein. —

### Theater, Kunst und Wissenschaft.

In der Akademie in Neuchâtel hat sich Frau M. Zebrowski als Privatdocent für das Fach der deutschen Litteratur habilitiert. —

Der bedeutendste Orgelbauer Frankreichs, Aristide Cavaille-Boll, ist im Alter von 88 Jahren in Paris gestorben. —

Die erste in der hebräischen Sprache der Bibel geschriebene Zeitung Hamagid erschien in den fünfziger Jahren in Lyck (Mitpreußen) und seither hat die hebräische Presse einen bedeutenden Aufschwung genommen. Gegenwärtig erscheinen zwei hebräische Tageszeitungen, Hamelits in Petersburg und Hagefstrad in Warschau, die je fünf- bis sechstausend Abonnenten haben. Außer diesen Tageszeitungen giebt es noch sechs Wochenblätter, je zwei in Palästina, in Galizien und in Nordamerika und die Monatschrift Hoshilshah. —

### Weiteres.

Auf dem Münchener Turf. Münchener, auf einen Jockey deutend, zu seinem Freund: „Karl, den schau o! Sitz, der hat alleweil a paar Weißwürstl in den Taschen, — daß seine Fild' net verhungern.“ (Eimpl.)

Zweckmäßig. Mann: „Donnerwetter, ich rieche doch schon immer, daß etwas brennt! Was ist denn das für ein Lappen, der um meinen Pfeifenkopf gedreht ist?“ Junge Frau (vorwurfsvoll): „Aber Männchen, daß ist eine Spitze, die ich Dir um Deinen Pfeifenkopf gehäkelt habe.“ —

Schulbuben-Humor. „Was ist denn Euer neuer Lehrer für ein Mann?“ „Reichspatent Nr. 34 799.“ „Was soll das heißen?“ „Hosenstrecker!“ — (Eimpl.)

### Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.

	16. Okt.	17. Okt.	18. Okt.	19. Okt.	20. Okt.
Barbusch	+ 0.14	—	—	—	—
Brandeis	+ 0.07	—	—	—	—
Melmit	+ 0.12	—	—	—	—
Zeitmeritz	+ 0.09	—	—	—	—
Wußig	+ 0.54	—	—	—	—
Dresden	+ 0.90	—	—	—	—
Lorgau	+ 1.16	—	—	—	—
Wittenberg	—	—	—	—	—
Haglau	+ 1.24	—	—	—	—
Barby	+ 1.62	—	—	—	—
Schönebeck	+ 1.52	—	—	—	—
Magdeburg	+ 1.55	—	—	—	—
Zangermünde	—	—	—	—	—
Wittenberge	+ 1.82	—	—	—	—
Dömitz, Regel	+ 1.25	—	—	—	—
Lauenburg	+ 1.31	—	—	—	—

